



Positionspapier des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft

Wirtschaft neu denken – nachhaltig handeln!

Erarbeitet vom Präsidium des BWA

Unter Mitwirkung des Vorstandes des BWA

Berlin im November 2012

Inhalt

- 1. Zusammenfassung: Thesen zu Selbstverständnis und Anspruch des BWA**
- 2. Zielstellungen des BWA und seiner Mitglieder**
- 3. Strukturen im BWA und Formen der Arbeit**
- 4. Positionen des BWA zu zentralen politischen Handlungsfeldern von Gegenwart und Zukunft**
 - 4.1 Globalisierung und europäische Integration
 - 4.2 Umweltschutz und Nachhaltigkeit
 - 4.3 Sicherung eines leistungsfähigen (Welt-) Finanzsystems
 - 4.4 Welthandel und internationale Arbeitsteilung
 - 4.5 Wachstum und Innovation
 - 4.6 Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung
 - 4.7 Bildung
 - 4.8 Sozialer Ausgleich und Chancengerechtigkeit
 - 4.9 Ethisches Handeln in Gesellschaft und Unternehmen
 - 4.10 Versorgung mit Ressourcen und Energie sowie deren effektive Nutzung
 - 4.11 Das Internet – mehr als eine Infrastruktur
- 5. Literaturverzeichnis**

1 Zusammenfassung: Thesen zu Selbstverständnis und Anspruch des BWA

Der BWA ist ein Zusammenschluss innovativer, gegenüber unserer Natur, Gesellschaft und Individuen, verantwortlich handelnder Unternehmer(innen)¹ und Führungskräfte, die sich in besonderer Weise der Weiterentwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft in Richtung einer ökosozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen und dafür eigene Beiträge leisten.

Positionen des BWA zu zentralen politischen Handlungsfeldern

Globalisierung und europäische Integration

Der BWA unterstützt gemeinsam mit weltweiten Partnern alle Bemühungen, auf nationaler und internationaler Ebene Regeln zu entwickeln und zu implementieren, welche eine einseitige Nutzung der Globalisierung durch Interessengruppen verhindern. Europa sollte sich in der Welt mit einer klaren ökosozialen Grundhaltung und Ausrichtung positionieren und diese auch als (welt)kulturelle Errungenschaft vertreten. Der BWA plädiert für eine enge weltweite Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU bei Beibehaltung der Verantwortung der Einzelstaaten, ist aber ein erklärter Gegner jeder Form unnötiger Bürokratie.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Als Vertreter der ökosozialen Marktwirtschaft betont der BWA die umfassende Notwendigkeit nachhaltigen Handelns. Das erfordert Effizienzsteigerung, Verbrauchsreduzierungen und die Einbeziehung von Produktions- und Lebensweisen in ökologische Kreisläufe. Dafür sollten weltweit Instrumente des Ordnungsrechtes, Effizienzvorgaben, die Übernahme von Umweltkosten auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie die Förderung des Umweltbewusstseins von Konsumenten und Beschäftigten miteinander verbunden werden.

¹ Nachfolgend wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit die maskuline Schreibweise verwendet. Diese schließt grundsätzlich beide Geschlechter ein.

Sicherung eines leistungsfähigen (Welt-) Finanzsystems

Die Ablösung des Finanzsektors von der Realwirtschaft muss verhindert werden. Deutschland und die EU sollten sich deshalb international für strikte Ordnungsregeln einsetzen. Ein stabiles Finanzsystem lässt sich nur garantieren, wenn die Staaten auf eine ausreichende Steuerkraft zurückgreifen können und gleichzeitig effizient mit Steuergeldern umgehen. Drastisch zu senken ist die Schuldenlast in den führenden Industrienationen.

Welthandel und internationale Arbeitsteilung

Eine zentrale Orientierung ergibt sich aus dem Bemühen, den Export von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen nach ökosozialen Merkmalen auszurichten. Als Reaktion auf den Fachkräftemangel ist es sinnvoll, bestimmte Abschnitte der Produktion von Gütern und Dienstleistungen unter Beachtung dieser Gesichtspunkte in andere Länder zu verlagern.

Wachstum und Innovation

Es ist an der Zeit, über eine Neudefinition von Wachstum nachzudenken, bei der quantitatives Wachstum mit abnehmendem Natur- bzw. Ressourcenverbrauch an die Stelle von quantitativem Wachstum tritt. Um ein solches Wachstum zu erreichen, sind Innovationen unverzichtbar. Der BWA fordert daher den weiteren Ausbau der Innovationsförderung bei gleichzeitiger Neuausrichtung in Richtung Förderung nachhaltigen Wachstums bzw. einer neuen – auf Nachhaltigkeit ausgerichteten – industriellen Revolution.

Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung

Durch Abnahme des Potenzials an Erwerbspersonen ist tendenziell ein Fachkräftemangel zu erwarten. Zur Fachkräftesicherung ist der Ausbau der Bildungsanstrengungen in allen Ebenen des Bildungssystems von der frühkindlichen Förderung bis zur Qualifizierung von Mitarbeitern und Erwerbslosen notwendig. Darüber hinaus fordert der BWA, alle Möglichkeiten zur Erschließung von Quellen an Erwerbspersonen wie Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, Integration Erwerbsloser oder betriebliche Maßnahmen zur

Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie die Anwerbung und Integration ausländischer Fach- und Führungskräfte systematisch zu erforschen und zu erschließen.

Bildung

Sie ist der Schlüssel, der aus Kindern gemeinschaftsfähige, sozial handelnde, selbstbewusste, selbständige und selbstbestimmte Persönlichkeiten werden und Erwachsene, trotz ständiger Veränderungen und Herausforderungen, bleiben lässt. Der BWA bekennt sich zur Förderung von Eliten. Gleichzeitig unterstützt er Bemühungen, allen Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch denen aus bildungsfernen Milieus, den gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen sowie Bildungsarmut entgegenzuwirken und Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Dazu ist es notwendig die Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen weiter zu steigern.

Sozialer Ausgleich und Chancengerechtigkeit

Sozialer Ausgleich durch eine gute Ausbildung, eine für alle zugängliche Gesundheitsversorgung, den Ausgleich von Nachteilen durch das Steuersystem und den Zugang zu einer intakten Umwelt sind wichtige Voraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land. Sozialer Ausgleich negiert jedoch nicht das Prinzip, dass Leistung sich auch lohnen muss. Der BWA ist gegen Gleichmacherei und für Leistungsorientierung auf allen Ebenen der Gesellschaft, welche die dafür notwendigen Voraussetzungen bieten.

Ethisches Handeln in Gesellschaft und Unternehmen

Der BWA fördert aktiv in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die stärkere Betonung der ethischen Grundfragen wie Beachtung der Würde eines jeden Menschen und Erhalt der Umwelt. Dies gilt auch, und insbesondere, für eine entsprechende Positionierung von Unternehmen im Sinne der Corporate Social Responsibility und die Frage der Compliance, also der Durchsetzung bzw. Umsetzung von erklärten Prinzipien.

Versorgung mit Ressourcen und Energie sowie deren effektive Nutzung

Nach Auffassung des BWA sind nicht nur die Endlichkeit von Rohstoffen sondern auch die steigenden Umweltfolgen einer Ausweitung der Ressourcenförderung und Nutzung das zentrale Problem. Um diese zu begrenzen, ist die Substitution von begrenzten Ressourcen durch regenerierbare Quellen (z.B. Umstieg auf erneuerbare Energie), die konsequente Wiederverwendung von Stoffen und Materialien und vor allem eine drastische Erhöhung der Effizienz dringend anzustreben.

Das Internet – mehr als eine Infrastruktur

Angesichts der Bedeutung und des nach wie vor ungebremsten Entwicklungstempos von Informationstechnologien und Anwendungsmöglichkeiten des Netzes ist es selbstverständlich, dass der BWA der Entwicklung des Netzes mit seinen unterschiedlichsten Facetten einen hohen Stellenwert zuweist. Verfügbarkeit, Teilhabe, Sicherheit, informationelle Selbstbestimmung und Schutz von Urheberrechten, das sind für den BWA zentrale Themen seiner Arbeit.

2 Zielstellungen des BWA und seiner Mitglieder

Der BWA ist ein Zusammenschluss innovativer, gegenüber unserer Natur, Gesellschaft und Individuen, verantwortlich handelnder Unternehmer(innen) und Führungskräfte, die sich in besonderer Weise der Weiterentwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft in Richtung einer ökosozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlen und dafür eigene Beiträge leisten.

Als Unternehmerverband leitet der BWA seine Ziele und Arbeitsweisen aus dem Wesen fortschrittlichen Unternehmertums ab, welches in der ökosozialen Marktwirtschaft eine wesentliche Quelle für Fortschritt und gesellschaftliches Wohlergehen sieht. Der Verband verbindet dabei modernes Unternehmertum mit dem Einsatz für eine gerechte und ökologische Balance. Wirtschaft gilt dem BWA dabei als das Rückgrat der Gesellschaft, wo Wertschöpfung entsteht, Arbeitseinkommen und Steueraufkommen erwirtschaftet, Waren und Dienstleistungen produziert, Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden und Sinnstiftung durch die Teilhabe an gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen entsteht.

Der BWA wirkt für seine Mitgliedsunternehmen ohne Lobbypolitik zu betreiben oder sich für Partikularinteressen einzusetzen. Daher ist es wichtig, immer wieder die Frage zu stellen, was die Mitgliedsunternehmen des Verbandes antreibt, sich im BWA zu engagieren. Erste Antworten dazu finden sich in folgenden Leitmotiven:

- *1. Leitmotiv: „Wirtschaft - Das – sind - wir - alle.“* Das bedeutet die Anerkennung der Verantwortung und Mitwirkung aller Mitglieder unserer Gesellschaft an wirtschaftlichen Prozessen – sowohl als Konsument wie als Produzent gesellschaftlichen Wohlstands. Auf der Ebene der Mitgliedsunternehmen bedeutet es Verantwortlichkeit der unabhängig von der Unternehmensgröße gleichberechtigten Mitglieder für Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie Partizipation als Prinzip der Verbandsarbeit.
- *2. Leitmotiv: „Der BWA vertritt die ökosoziale Marktwirtschaft.“* Mit dieser Ausrichtung hat der BWA schon seit seiner Gründung Positionen vertreten, die heute zunehmend in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Oberstes Prinzip ist dabei die Sicherung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Der BWA wird weiterhin eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung dieses Prinzips einnehmen.
- *3. Leitmotiv: Die schon aus der Antike bekannte und von John F. Kennedy aufgegriffene Maxime: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst!“* Mit dieser Aussage hebt sich der BWA klar von allen Versuchen einseitiger Lobbyarbeit ab. Die BWA-Mitglieder wollen selbst etwas in unserer Gesellschaft bewegen und nicht einseitig um ihre Vorteile kämpfen. Sie wissen, dass die guten Lebensverhältnisse in unserem Land nur Bestand haben können, wenn es gelingt durch aktives Mitwirken ein gleichberechtigtes Fundament aus Sozialem, Nachhaltigkeit und Wirtschaft zu sichern.

Die Anwendung der drei Leitmotive seitens des BWA beschränkt sich nicht auf Deutschland, sondern auf alle Regionen weltweit. Bisher ist der Reichtum äußerst ungleich zwischen Nord und Süd verteilt. Aber nur wenn es gelingt, global faire Lebenschancen und Lebensgrundlagen zu schaffen, kann auch Deutschland auf Dauer den Wohlstand seiner Bevölkerung erhalten und ausbauen. Darum entwickelt der BWA als Verband

Kooperationsbeziehungen grundsätzlich nur zu solchen Partnerverbänden, die ähnlichen Orientierungen folgen oder zumindest bereit sind, mit dem BWA in einen konstruktiven Dialog zu treten.

Die im BWA seit seiner Gründung Konsens findenden Orientierungen stellen die Grundlage einer stetigen Weiterentwicklung des Verbandes und seiner Mitglieder dar. Die Suche nach tiefer gehenden Antworten fordert zudem dazu auf, über Sinn und Zweck des Unternehmertums nachzudenken.

Noch immer gilt es vielen, in der bundesdeutschen Gesellschaft zu findenden, Vorbehalten entgegenzutreten, die Unternehmertum einseitig auf Gewinnerzielung und Einkommensmaximierung reduzieren. Der bekannte Nationalökonom Joseph A. Schumpeter bemerkte demgegenüber schon vor fast einhundert Jahren, dass die Motivation von Unternehmern nicht vordergründig und allein der Gewinn ist, sondern das Verlangen eine private Dynastie zu gründen sowie der Wille im Konkurrenzkampf die Oberhand zu behalten und die Freude an schöpferischer Tätigkeit.² Wofür Unternehmer allerdings ihre Kräfte einsetzen, weist große Unterschiede auf. Die Mitglieder des BWA zeichnen sich bei aller Unterschiedlichkeit im Detail dadurch aus, dass sie den oben genannten Grundpositionen folgend ihre schöpferischen Kräfte verstärkt auf solche Ziele ausrichten, welche auf die Lösung von Grundfragen unserer Zeit auf betrieblicher, lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene ausgerichtet sind. Dabei sind sich die BWA-Mitglieder bewusst, dass auch sie den Mechanismen der Marktwirtschaft unterliegen und nur dann zum Wohle der Gesellschaft wirken können, wenn sie sich im Wettbewerb am Markt behaupten. Achtung der Schöpfung, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Lebensgrundlagen, nachhaltiges Denken und Handeln, ethisches Verhalten gegenüber Mitarbeitern Geschäftspartnern und Konkurrenten, das sind nur einige Herausforderungen, die BWA-Unternehmen trotz des täglichen Wettbewerbs bewältigen wollen.

Die konkrete tägliche Arbeit des BWA und seiner Mitgliedsunternehmen wird dabei einerseits durch die Rahmenbedingungen in Deutschland oder in anderen Ländern, in denen sie Unternehmen betreiben oder mit denen sie handeln, bestimmt. Nicht weniger wichtig sind aber die Motivationsstrukturen der handelnden Personen, insbesondere von

² Bornstein, D.: *Die Welt verändern. Social Entrepreneurs und die Kraft der Ideen*, Stuttgart, 2009, S. 311.

Unternehmern und Führungskräften. Der Psychologe McClelland nennt drei vorherrschende Motivationen von Menschen: Machtbedürfnis, Gesellungsbedürfnis und Leistungsbedürfnis.³ Er kommt zu dem Ergebnis, dass das Leistungsbedürfnis am höchsten mit dem Unternehmertum korreliert. Unternehmer, und das gilt insbesondere auch für Mitglieder des BWA, werden durch ihr Leistungsbedürfnis motiviert, nicht vorwiegend oder gar allein durch Geld. Sie wollen Erfolgserlebnisse bei der Gestaltung ihrer Umgebung. Der BWA bietet hierzu eine Plattform für eine ganz spezifische Art der Gestaltung der Umgebung und der Verwirklichung des Leistungsbedürfnisses für Unternehmer und Führungskräfte auf unterschiedlichsten Entwicklungsstufen. Was diese eint ist, wie oben schon bemerkt, die Unterstützung des Aufbaus einer ökosozialen Marktwirtschaft und die Orientierung an J.F. Kennedys Motto: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst!“

Der Ansatz des BWA ist vom Grundsatz her konstruktiv und so geht es gerade nicht um die weit verbreitete Politikkritik oder die Tätigkeit als Lobbyist für die Partikularinteressen einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe, sondern um die konstruktive Mitwirkung in einem ganzheitlich angelegten Veränderungsprozess, der vom einzelnen Unternehmer oder der Führungskraft ausgeht, schrittweise die Unternehmen einbezieht, in denen die Unternehmer und Führungskräfte wirken, um schließlich auf gesellschaftlicher Ebene wirksam zu werden.

3 Strukturen im BWA und Formen der Arbeit

Der BWA, das sind die Mitglieder mit ihren Wünschen, Zielen, Möglichkeiten der Mitwirkung und Aktivitäten. Dies hat ganz wesentliche Bedeutung für die Gestaltung der programmatischen und organisatorischen Arbeit des Verbandes. Zuständig für die Programmatik bzw. die Inhalte ist das Präsidium einschließlich der von ihm geführten Kommissionen. Die inhaltlichen Angebote konzentrieren sich dabei, unter Beachtung der Ansprüche modernen Unternehmertums, auf folgende Bereiche:

- *Sinnstiftung*: Über die Entwicklung und Verbreitung seiner Programmatik leistet der Verband einen Beitrag zur Sinnstiftung seiner Mitglieder. Nachhaltiges Denken, das

³ McClelland, D. C. , J. W. Atkinson, R. A. Clark, E. L. Lowell: *The achievement motive.*, New York 1953.

Bekenntnis zum sozialen Ausgleich auf nationaler und internationaler Ebene und die Berücksichtigung ethischer Grundsätze der Unternehmensführung auch in Krisensituationen sind in Unternehmerkreisen nicht automatisch konsensfähig, sondern stoßen nicht selten auf offenen oder versteckten Widerspruch. Wer diese Prinzipien dennoch offensiv vertritt, bedarf daher des Rückhalts einer starken Gemeinschaft Gleichgesinnter. Der BWA bietet durch seine programmatische Arbeit diesen Rückhalt und liefert gleichzeitig inhaltliche Hilfestellung für den Diskurs. Das erfolgt beispielsweise durch die Ausrichtung der Kommissionsarbeit, aber auch durch die Bereitstellung von Argumentationshilfen in den Publikationen des Verbandes und im Rahmen programmatischer Veranstaltungen in Berlin und den Regionen.

- *Geselligkeit und Austausch:* Wie oben bereits bemerkt, hat der Psychologe McClelland festgestellt, dass das „Gesellungsbedürfnis“, bzw. die Teilnahme an Gemeinschaft, zu den grundlegenden Motivationen von Menschen gehört. Das gilt in besonderer Weise für Unternehmer und Führungskräfte, die in Ihrem beruflichen Alltag nicht selten alleinverantwortlich Entscheidungen mit großer Tragweite, trotz unsicherer Rahmenbedingungen und Prognosen, treffen müssen. Für sie ist es ein Wert an sich, mit Menschen zusammenzutreffen, die vor ähnlichen Problemen stehen oder Erfahrungen gemacht haben, die sich übertragen lassen. Daher gehört es zu den Aufgaben des Verbandes, den Rahmen für einen solchen Austausch zwischen den Verbandsmitgliedern aber auch mit Politikern, Wissenschaftlern und Interessenvertretern unterschiedlichster sozialer Gruppen zu schaffen. Der Austausch beschränkt sich dabei nicht auf persönliche Treffen und Veranstaltungen; im Zeitalter von Internet und sozialen Netzwerken kommt auch der Kommunikation über neue Medien ein zunehmender Stellenwert zu.
- *Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder:* Die Dienstleistungen, die der Verband seinen Mitgliedern anbietet, konzentrieren sich vorwiegend auf die Beratung von Unternehmen und Führungskräften im In- und Ausland und die Kontakthanbahnung zu internen und externen Beratungsstrukturen für verschiedene Themen. Grundlage dafür ist u.a. Abschluss und Pflege von Kooperationsabkommen mit Partnern, Verbänden, kompetenten Servicepartnern und internationalen Organisationen aus allen Regionen der Erde, die das weltweite BWA-Netzwerk ergeben. Neue

Möglichkeiten ergeben sich durch die Nutzung von staatlich unterstützten Projekten für die Entwicklung einzelner, den gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen entsprechenden Dienstleistungen, die allein durch Marktmechanismen keine ausreichende Verbreitung in Unternehmen finden. Beispiele für solche Dienstleistungen sind Angebote im Bereich Corporate Social Responsibility, Energieeffizienz, betriebliche Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels, auch Projektberatung, Unternehmenspräsentationen, politische Informationen und Recherchen. Darüber hinaus wird der BWA kompetente Mitglieder dabei unterstützen, solche Dienstleistungen für andere Unternehmen zu entwickeln und innerhalb des Verbandes zu verbreiten, wobei bei der Auswahl von zu unterstützenden Projekten hohe inhaltliche und ethische Standards angelegt werden.

- Der BWA als Zusammenschluss innovativer, gegenüber Natur, Gesellschaft und Individuen verantwortlich handelnder Unternehmer(innen) hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Sinne seiner Mitglieder klare Positionen zu gesellschaftlichen Schlüsselfragen zu beziehen und diese auch deutlich vernehmbar zu kommunizieren. Diesem Zweck dienen Arbeitsgespräche mit Politikern und Parlamentariern auf Bundes- und Landesebene sowie Pressekontakte und Veröffentlichungen. Dabei konzentriert sich der BWA auf Themen, die Bezug zur programmatischen Verbandsarbeit haben, sodass auf ausreichende Expertise zurückgegriffen werden kann. Ein weiterer und besonders wichtiger Weg, gesellschaftliche Entwicklungsnotwendigkeiten mehrheitsfähig zu machen, ist, durch nachahmenswerte Beispiele, Vorbild zu sein.

4 Positionen des BWA zu zentralen politischen Handlungsfeldern von Gegenwart und Zukunft

4.1 Globalisierung und europäische Integration

Globalisierung findet statt und ist auch in der historischen Betrachtung nicht neu. Als Folge politischer Entscheidungen, mehr aber noch als Folge technischer Innovationen (Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Medien, Verkehrs- und Logistiksysteme etc.), hat dieser Prozess an Intensität, Schnelligkeit und Tiefe gewonnen.

Speziell nach dem Zerfall der Sowjetunion begann, durch das Einschwenken fast aller Länder auf den Pfad der Marktwirtschaft und den Wegfall der bis dahin bremsend wirkenden Systemauseinandersetzung, weltweit eine Phase des Wachstums, wie man sie nach globalen Maßstäben nicht kannte. Die weltweite Wirtschaftsleistung verdoppelte sich bei niedriger Inflation etwa alle zehn Jahre. In dieser Zeit wurden immer neue Regionen, wie Südamerika, Asien, und Teile Afrikas vom Wirtschaftswachstum erfasst, das auch Europa und Nordamerika einen fulminanten Aufschwung⁴ ermöglichte. Die Globalisierung schuf mit der weltweiten Vernetzung wichtige Voraussetzungen für wachsenden Wohlstand in weiten Teilen der Welt. Globalisierung ist keine Bedrohung, sie muss aber besser als bisher gestaltet werden, denn noch immer leben große Teile der Menschen in den Entwicklungsländern in Hunger und Not. Außerdem hat die Globalisierung auch Schattenseiten, wie zunehmende Umweltzerstörung, ungehemmter Ressourcenverbrauch, Ausweitung der Einflussphären weniger transnationaler Konzerne, Tendenzen der kulturellen Gleichschaltung, Ausweitung der Schuldenkrise und eine Verschärfung der Einkommensunterschiede zwischen arm und reich, in und zwischen den Staaten, mit sich gebracht. Hinzu kommen Vernetzungsmechanismen, die lokale Ereignisse in Sekundenschnelle um den Erdball jagen und dadurch die Welt in einen Zustand permanenter Nervosität halten.

Der BWA begreift daher Globalisierung als Herausforderung und Gestaltungsaufgabe. Nötig sind weltweit anerkannte und respektierte Regeln, die wie Leitplanken die Themen in angemessenem Rahmen halten. Der BWA unterstützt alle Bemühungen der Politik und der Wirtschaft, solche Regeln auf nationaler und internationaler Ebene zu entwickeln und zu implementieren. Dabei sucht er nicht zuletzt weltweit die Zusammenarbeit mit Partnern, die sich im Rahmen eines „Global Economic Network“ zusammenschließen. Schritte dazu sind die Mitwirkung des BWA beim B 20 Gipfel und der Ausbau der dort entstehenden Verbindungen.

Naturgemäß haben Europa und die europäische Integration, im Bemühen des BWA zur positiven Ausrichtung der weltweiten Zusammenarbeit und Kooperation beizutragen, einen besonderen Stellenwert. Die Europäische Union wurde aus den Erfahrungen zweier

⁴ Vgl. Zakria, F.: *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, München, 2008

furchtbarer Weltkriege, die beide von Europa ausgingen, geboren. In den Nachkriegsjahren waren die Vorstufen der EU die Basis für die Überwindung des Hasses und den Wiederaufbau Westeuropas. Nach dem Ende der gerade in Europa besonders intensiv ausgetragenen Systemauseinandersetzung war und ist die EU eine wichtige Unterstützung für den Übergang der Länder Osteuropas zu Demokratie und Marktwirtschaft mit sozialer Ausrichtung. Schon aus dieser historischen Rückschau ist die Europäische Union für den BWA eine Grundvoraussetzung für friedliches Zusammenleben, Wohlstand und Demokratie. Aktuell kommt hinzu, dass, angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer und deren rasant wachsenden Anteil an der Weltbevölkerung und der Weltwirtschaftsleistung, nur ein geeintes Europa in der Lage ist, global mitzuwirken und seine Vorstellungen von Zusammenleben, Erhaltung der natürlichen Umwelt und Förderung der Demokratie als für uns unverzichtbare gesellschaftliche Grundlagen zu Gehör zu bringen.

In diesem Sinne sieht der BWA die Europäische Union in erster Linie als eine Wertegemeinschaft mit eindeutigen Rechten und Pflichten seiner Mitglieder und deren Institutionen und wendet sich gegen alle Versuche, Politikversagen auf der Ebene einzelner Länder der EU als Ganzes oder ihren Institutionen anzulasten. Nur ein offenes, ökosoziales Europa kann die Herzen seiner Bürger und damit auch die nötige Legitimität zur Gestaltung der Zukunft gewinnen. Europa sollte sich in der Welt mit einer klaren Grundhaltung und Ausrichtung positionieren und diese auch als Errungenschaft im Rahmen eines weit gefassten Kulturbegriffs vertreten.

Die weitere Entwicklung Europas wird vor dem Hintergrund der Weltfinanzkrise stark durch die Frage beeinflusst, wie es möglich ist, die wirtschaftliche Integration des Kontinentes voranzutreiben und die Wirtschaftsleistung der Mitgliedsländer anzunähern. Unterschiede zwischen den Nationen sind normal und ein Gewinn für die Vielfalt in Europa. Wenn diese Unterschiede aber eskalieren und die Wirtschaftspolitik der Länder auseinanderläuft, kann das nicht nur die gesamte EU sprengen. Vor diesem Hintergrund plädiert der BWA für eine enge Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Staaten, geführt durch den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments, ohne die Nationalstaaten von ihrer Verantwortlichkeit zu entbinden.

Enge Abstimmung bedeutet allerdings nicht, dass die europäische Bürokratie immer weiter anwächst und auch solche Gebiete erfasst, die durch die Nationalstaaten geregelt werden können. So wie alle Regierungen der EU aufgefordert sind, wettbewerbsfähige Strukturen zu entwickeln, der Verschwendung öffentlicher Mittel Einhalt zu gebieten und unnötige Bürokratie zu beseitigen, gehören auch die Strukturen und Aufgaben der EU immer wieder auf den Prüfstand. Die EU mit ihren Institutionen darf sich den Bürgern nicht als Zentrum der Bürokratie darstellen, wie das von Gegnern der EU immer wieder vorgetragen wird. Abbau unnötiger bürokratischer Strukturen, Konzentration auf Schwerpunktaufgaben der Mittelvergabe, bei gleichzeitiger Begrenzung des Zuwachses an Ausgaben, sind daher auch für die EU das Gebot der Stunde. Dabei darf es keine Tabus geben. Insbesondere gilt es zu erklären, weshalb Länder, die von der EU besonders großzügig gefördert wurden, heute zu den wirtschaftlichen und politischen Sorgenkindern der Gemeinschaft gehören. Es ist zu prüfen, warum die hohen Ansprüche der EU, in Gestalt von Vergabekriterien, Einsatzfeldern und Kontrollmechanismen, nicht genügt haben bzw. an welchen Stellen sie verbessert werden müssten. Aus Sicht des BWA wäre es aber falsch, einseitig auf den Ausbau der Kontrollmechanismen zu setzen; diese gilt es zu überarbeiten und zu vereinfachen. Viele Unternehmen oder Bildungseinrichtungen scheuen davor zurück, Förderungen der EU in Anspruch zu nehmen, weil der bürokratische Aufwand, und die damit verbundenen Risiken der Nachweisführung einen vertretbaren Aufwand überschreiten. Forderungen nach Änderung werden von den nationalen Behörden regelmäßig mit der Begründung abgelehnt, dass diese Mechanismen von der EU vorgegeben seien. Der BWA plädiert dafür, auf der Ebene einzelner Programme und Fonds, konsequent zu erfassen, welcher Anteil der Mittel, beginnend bei der Kommission, über Prüfinstitutionen von überregionalen Zwischenebenen, der Nationalstaaten und Regionen, bis hin zu den Projektträgern, für die administrative Abwicklung eingesetzt werden und welcher Anteil für die tatsächlichen Zwecke, wie Investitionen, Forschung und Bildung, verwendet wird.

4.2 Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Die weltweite Inanspruchnahme und (Über-)Belastung der natürlichen ökologischen Systeme hat ein gefährliches Maß erreicht. Um den Ansprüchen einer wachsenden Menschheit, in vielen Fällen aber auch den Luxusbedürfnissen kleiner Minderheiten, gerecht zu werden,

werden Feuchtgebiete trockengelegt, Wälder gerodet, Tiere und Pflanzen ausgerottet, Fischschwärme am biologischen Limit befischt, für die Landwirtschaft nutzbare Flächen in ihrer Qualität verschlechtert, riesige, in Millionen Jahren entstandene und nicht regenerierbare unterirdische Süßwasservorräte schrittweise erschöpft, Millionen Tonnen Kohlendioxid und andere Treibhausgase in die Atmosphäre gelassen, die Ozeane mit Schadstoffen geflutet usw. Mit anderen Worten, die Menschheit verbraucht Jahr für Jahr mehr Kapazitäten der ökologischen Systeme, als die Natur erneuern kann. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, in welchem Maße nicht regenerierbare fossile Energieträger und sonstige Rohstoffe verbraucht werden und welche Vorräte für die Zukunft noch vorhanden sind. Als Ausdruck der gesamten Aktivitäten der Menschheit steigt der ökologische Fußabdruck der Menschheit – das Maß für die Gesamtfläche, die ein Land benötigen würde, um seine Infrastruktur zu errichten, Nahrung und Güter wie Dienstleistungen zu erzeugen und die Emissionen fossilen Energieverbrauchs zu absorbieren, bei großen Unterschieden zwischen Ländern und Regionen von Jahr zu Jahr an und liegt schon heute deutlich über den vorhandenen Kapazitäten der Erde. Besonders die Industrieländer hinterlassen einen wesentlich größeren ökologischen Fußabdruck, als die Erde auf Dauer verkraften kann. Hinzu kommen die möglicherweise dramatischen Auswirkungen des anthropogen verursachten Klimawandels, Zunahme extremer Wetterereignisse und Verbreitung von Krankheitserregern in bisher nicht betroffene Regionen. Damit gefährdet die Menschheit sich selbst, denn ohne eine intakte Umwelt gibt es keine nachhaltige Entwicklung, keinen Weltfrieden (der schon heute durch den Kampf um knappe Ressourcen in Teilen der Welt bedroht ist) und damit keine gute Zukunft. Die Menschheit muss mit den knappen Ressourcen der Erde, insbesondere der Ökosphäre, verantwortlich umgehen, die Umwelt schonen und sorgsam behandeln.

Als Vertreter der ökosozialen Marktwirtschaft tritt der BWA dafür ein, sowohl national als auch international alle wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten auszunutzen, um die weitere Zerstörung der Umwelt und damit der Lebensgrundlage der Menschheit zu verhindern. Deutschland ist dabei schon heute trotz aller Mängel ein Vorreiter. Diese Rolle kann und muss auch zukünftig ausgebaut werden, indem Deutschland zum einen den Umweltschutz im Inland konsequent vorantreibt. Ökonomische Entscheidungen beim Ausbau der Infrastruktur oder beim Aufbau neuer Produktionskapazitäten müssen immer wieder hinsichtlich des Erhalts der Natur hinterfragt werden. Kurzfristiger ökonomischer Nutzen auf

Kosten kommender Generationen kann nicht die Leitmaxime der Gesellschaft sein. Hier sind gerade die BWA Unternehmen in der Pflicht, eigene Strategien zur Reduzierung der Umweltbelastung durch die Weiterentwicklung von Produktionsprozessen und Produkten zu entwickeln.

Zum anderen muss das weltweite politische und ökonomische Gewicht Deutschlands genutzt werden, um auch auf internationaler Ebene bezüglich des Umweltschutzes und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen deutliche Fortschritte zu erreichen. Das betrifft z.B. die internationalen Verhandlungen zum Artenschutz, zum Klimaschutz, zum Erhalt der Regenwälder, zum Schutz der Weltmeere usw.

Deutschland hat noch eine dritte Möglichkeit, weltweit direkt zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen. Als Hochtechnologieland ist es schon heute ein führender Vertreter von Entwicklung, Anwendung und Export regenerativer Technologien. Diese weiter auszubauen und den Ersatz alter Technologien zu fördern, ist eine Aufgabenstellung, die nicht nur zum Naturschutz beiträgt, sondern auch die wirtschaftliche Stellung von Unternehmen und des Landes insgesamt im internationalen Wettbewerb festigt. Die Unternehmen des BWA stellen sich der Aufgabe, ihre Produkte und Dienstleistungen zunehmend auf dieses Zukunftsfeld auszurichten.

Letztlich sind die Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt Teil einer Strategie der ökologischen Nachhaltigkeit zu deren Erreichung der BWA die Kombination dreier Wege unterstützt:

- *Steigerung der Effizienz*: Ressourcenaufwand sinkt, Leistungsumfang bleibt erhalten, z. B. indem der Energieverbrauch bei gleichbleibender Produktionsleistung durch den technologischen Fortschritt und Innovationen verringert wird.
- *Suffizienz*: freiwillige Genügsamkeit, Verbrauchsreduzierung z. B. durch Verkleinerung von Fahrzeugen, Wegfall unnötiger Reisen.
- *Konsistenz*: Harmonisierung mit dem biologischen Stoffwechsel, Einbeziehung von Produktions- und Lebensweisen in ökologische Kreisläufe.

Zur politischen Umsetzung dieser Strategien zum Schutz der Umwelt befürwortet der BWA die sinnvolle Kombination unterschiedlicher Ansätze. Sie umfassen Instrumente des Ordnungsrechtes, wie Schadstoffkontrollen (z.B. bei der Einleitung von Schadstoffen in

Gewässer), Effizienzvorgaben (z.B. beim Energieverbrauch) sowie Entnahmebegrenzungen (z.B. beim Fischfang), und die Übertragung von bisher sozialisierten externen Umweltkosten auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen (z.B. Emissionshandel für Kohlendioxid). Weltweite Abkommen zur Durchsetzung dieser politischen Wege sind dringend notwendig, müssen aber besonders den aufholenden Schwellenländern eine Perspektive auf volle Partizipation und Wohlstand bieten, indem sie ihren Ressourcenverbrauch noch ausdehnen, ohne alle von den Industrieländern in der Vergangenheit begangenen Fehler zu wiederholen. Schädlich und gefährlich ist in diesem Kontext die „Plünderung“ der Natur und der Menschen in armen Ländern über global unregulierte ökonomische Prozesse.

Nicht zu unterschätzende Wirkungen gehen auch von der Förderung des Umweltbewusstseins von Konsumenten und Beschäftigten aus, weswegen der BWA auch solche Wege unterstützt. Gerade in diesem Kontext kommt der Vorbildwirkung der Unternehmen eine hohe Bedeutung zu.

Die bisherigen Ausführungen zum Umweltschutz oder zur ökologischen Nachhaltigkeit sind aus der Perspektive des BWA Bestandteil einer umfassenden Notwendigkeit nachhaltigen Handelns. Die Erhaltung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen kann verantwortlich denkenden und handelnden Führungskräften und Unternehmern, denen Gemeinnutz vor Eigennutz geht, nicht gleichgültig sein. Dabei verstehen wir unter nachhaltigem Handeln das Einhalten ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Die Erzielung von Nachhaltigkeit ist eine Aufgabe, die in besonderer Weise schöpferische Kräfte von Führungskräften und Unternehmern freisetzen kann.

Unternehmen aller Größenordnungen und damit auch die Mitglieder des BWA haben im Nachhaltigkeitsdiskurs gleich in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselrolle. Das betrifft folgende Faktoren:

- *Vorbildwirkung (oder auch das Gegenteil)*: Unternehmen können der durch die Auswirkungen der Finanzkrise stark verunsicherten Bevölkerung eine klare Botschaft senden, dass Ökonomie und Ökologie sich keineswegs ausschließen sondern das nachhaltige Handeln auch die ökonomischen Bedingungen deutlich verbessern kann.

- *Gestaltungswirkung*: Unternehmen sind wichtige Verbraucher für natürliche Ressourcen. So beträgt z. B. der Primärenergieverbrauch Deutschlands im Jahre 2008 14 405 Petajoule. Davon entfielen allein 9 636 auf die Summe aller Produktionsbereiche. Die privaten Haushalte verbrauchten 4 769 Petajoule. Senkungen des Verbrauchs durch effiziente Technologie oder neue Produkte haben massive positive Wirkungen auf die nationalen und globalen Verbrauchsbilanzen.
- *Steuerung der Konsumtion*: Unternehmen haben Einfluss auf die Ausprägung von bestimmten Bedürfnissen durch gezielte Verbreitung neuer Konsumartikel und Dienstleistungen.
- Durch Prägung technischer Systemmerkmale von Produkten und Dienstleistungen wirken die Unternehmen in direkter Weise auf den Ressourcenverbrauch der belieferten Bevölkerung und anderer Unternehmen.

Diese Möglichkeiten schrittweise zu erschließen ist eine wichtige Aufgabe für den BWA und seine Mitglieder.

4.3 Sicherung eines leistungsfähigen (Welt-) Finanzsystems

Die Sicherung eines stabilen Finanzsystems ist Grundvoraussetzung für die kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft. Das Finanzsystem ist dabei gleichermaßen eigenständiger Wirtschaftsakteur und Dienstleister der Realwirtschaft. Besonders letztere Funktion ist von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft in Ihrer Gesamtheit.

Die seit 2008 tobende internationale Finanzkrise hat gezeigt und zeigt noch, welche Folgen aus der unregelmäßigen Entwicklung des Finanzsektors entstehen können. War die Krise zunächst eine Krise der Banken, die nicht zuletzt durch verantwortungslos eingesetzte so genannte hochkomplexe „innovative Finanzprodukte“ mit unberechenbaren Folgen erzeugt wurde, ist sie heute eine Krise der hochverschuldeten Staaten, wobei ein zentraler Brandherd der Euroraum mit seiner in Nord- und Südeuropa diametral auseinanderlaufenden Wirtschaftsentwicklung ist. Inzwischen bedroht die Dauerkrise nicht nur die Existenz einzelner Banken, sondern ganzer Länder und des Wirtschaftsraumes Europa. Die

Weltfinanzkrise ging dabei im Unterschied zu früheren Krisen nach 1945 nicht mehr von Schwellenländern sondern von hochentwickelten Industriestaaten aus, die durch eine hohe Staatsverschuldung geprägt sind.

Für die weitere Entwicklung des Finanzsektors in Deutschland, Europa und der Welt werden seitens des BWA folgende Schwerpunkte als zentral angesehen:

Bezüglich der Regulierung im Finanzbereich gilt, dass nicht begründete Mitnahmeeffekte und eine Ablösung des Finanzsektors von der Realwirtschaft verhindert werden. Deutschland und die EU sollten sich deshalb international für strikte Ordnungsregeln innerhalb der EU und weltweit, insbesondere auch betreffend „Offshore-Bankplätzen“ und „Steuerparadiesen“, einsetzen. Letztlich führt das zu der Forderung nach einer globalen Marktordnung für das Weltfinanzsystem, welche die spekulativen Freiräume eingrenzt. Das schließt regulative und bankenaufsichtliche Maßnahmen für die Segmente verbrieftete Sicherheiten, Derivate und andere sogenannte innovative Finanzmarktprodukte, aber auch Regeln für Hedgefonds, Versicherungen und Investmentfirmen ein. Als wirksames Instrument zur Begrenzung spekulativer Geschäfte betrachtet der BWA auch die weltweite Einführung von Abgaben auf Finanztransaktionsgeschäfte.

Deutschland muss seine dreigliedrige Struktur des Bankensektors unbedingt erhalten. Gerade die regionalen Wirkungen, aber auch die relative Stabilität der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der Finanzkrise sprechen dafür diesen Standortvorteil gegen alle Regulierungs- und Angleichungsversuche zu verteidigen.

Ein stabiles Finanzsystem lässt sich auf Dauer aus nationaler wie aus internationaler Sicht nur garantieren, wenn die Staaten auf eine ausreichende Steuerkraft zurückgreifen können und gleichzeitig effizient und effektiv mit Steuergeldern umgehen. Aus der Sicht der Entwicklung des Weltfinanzsystems sollte große Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, zu verhindern, dass sich Akteure mit hohem Wertschöpfungspotenzial via Globalisierung legal fast völlig der Besteuerung entziehen können, während insbesondere lokale Akteure immer stärker besteuert werden. Faire „Belastung“ in der Mittelaufbringung bedeutet dabei, dass die Profiteure des globalen Marktes auch wieder ihren Beitrag – dem Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit folgend – leisten. Dann könnte die Steuerlast reduziert werden, was gerade für Deutschland, einem durch viele mittelständische und eigentümergeführte Unternehmen geprägten Land, wichtig ist.

National spricht sich der BWA für eine deutliche Vereinfachung des selbst von Experten nur noch partiell durchschaubaren Steuersystems, eine gerechte Verteilung der Steuerlasten, das Schließen von Steuerschlupflöchern und die Beschneidung der kalten Progression aus, wobei nicht ausschließlich nur die langfristige Senkung der Steuerlasten angestrebt wird. Ein funktionierendes Gemeinwesen mit seinen positiven Wirkungen für Lebensqualität, Rechtssicherheit, Bildung, sozialen Ausgleich und stabile Standortbedingungen hat Vorrang gegenüber kurzfristigen Steuersenkungen, deren Wirkungen einerseits nur speziellen Bevölkerungsgruppen zukommen und die andererseits eher Strohfeuer als nachhaltige Entwicklungen hervorrufen.

Alle genannten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems werden aber auf Dauer nicht ausreichen, wenn es nicht gelingt, die Schuldenlast in den führenden Industrienationen drastisch zu senken. Mit der Schuldenfinanzierung von Staatsdefiziten lassen sich zwar zeitnah soziale und wirtschaftliche Ziele verwirklichen, gleichzeitig beschneidet eine ungebremste Schuldenpolitik aber auch die Handlungsspielräume der Regierungen, öffnet spekulativen Angriffen aus Teilen der Finanzwirtschaft das Tor und reduziert die Zukunftschancen großer Teile der Bevölkerung. Je höher der Schuldendienst, je stärker ist auch die mit Schuldendienst aus Steuereinnahmen verbundene Umverteilung von unten nach oben mit den bekannten Auswirkungen auf die soziale Balance. Vor diesem Hintergrund unterstützt der BWA eine Politik, die auf Rückführung der Staatsverschuldung im Euroraum, und darüber hinaus, ausgerichtet ist. Das gilt selbst dann, wenn diese Politik, wie gegenwärtig in einigen südlichen EU-Ländern zu beobachten, mit zeitweiligen Wohlstandsverlusten und erhöhter Arbeitslosigkeit verbunden ist. Gleichzeitig sprechen wir uns trotz der Vorteile, die Deutschland aus der niedrig bewerteten gemeinsamen Währung aufgrund seines hohen technologischen Entwicklungsstandes ziehen konnte, klar gegen eine Transferunion innerhalb der EU bzw. des Euroraumes aus. Dauerhafte Subventionierung in Schwierigkeiten steckender Volkswirtschaften bremst die Bereitschaft zum Umbau der Wirtschaftsstruktur, festigt historisch gewachsene unberechtigte Privilegien einzelner Bevölkerungsgruppen und senkt die Chancen der Leistungsträger in den jeweiligen Ländern. Sie wirken damit kontraproduktiv, auch wenn sie kurzfristig Entspannung verheißen. Durchaus sinnvoll können dem gegenüber Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft in den betreffenden Ländern sein, soweit sie nicht zusätzliche Verschuldungen bewirken.

4.4 Welthandel und internationale Arbeitsteilung

„Der Buchstabe A im BWA steht für Außenwirtschaft!“ Diese programmatische Aussage umreißt den Stellenwert, welchen die Förderung der Außenwirtschaft durch den BWA hat. Sie sagt aber noch nichts aus, welche Art von Außenwirtschaft der BWA unterstützt und wie die Unterstützung konkret aussieht. Antworten auf diese Fragen ergeben sich aus dem oben bereits genannten Grundsatz der BWA-Mitglieder nicht primär danach zu fragen, was ihr Land und die Welt für sie tun kann, sondern was sie für ihr Land und die Welt tun können. Wir wissen, dass die guten Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa nur dann dauerhaften Bestand haben werden, wenn auch global faire Lebenschancen entstehen und Lebensgrundlagen geschaffen und erhalten bleiben. Deshalb wollen wir unsere Ansätze über ein aktives internationales Wirtschaftsnetzwerk – das Global Economic Network – in den politischen Diskurs und das Handeln der Wirtschaftssubjekte einbringen, um für alle Menschen auf diesem Globus Fortschritte entsprechend den eigenen Ansprüchen und dem eigenen Selbstverständnis zu erreichen.

Die Internationalisierung unserer Wirtschaft und damit auch der BWA-Firmen ist dabei ein übergreifendes und generelles Phänomen und erfolgt auf verschiedenen Wegen. Es ist generell und übergreifend, weil sich im Zeitalter von Globalisierung und Internet kaum noch ein Unternehmen in regionale Nischen zurückziehen kann. So wie die internationale Konkurrenz immer näher rückt, öffnen sich, auch für die BWA-Mitglieder, interessante neue Märkte, vorausgesetzt sie haben die Kraft und den Willen, dort tätig zu werden. Die Internationalisierung der deutschen Unternehmen lässt sich in zwei eng miteinander verbundene Kategorien unterteilen. Die erste Kategorie ist der klassische Außenhandel. Hier verfolgt der BWA einen Kurs, der die Beachtung ethischer Mindeststandards in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt. So spricht sich der BWA gegen jede Form von Korruption und Vorteilsnahme aus, selbst wenn die nationalen Gepflogenheiten in manchen Ländern scheinbar das Gegenteil suggerieren. Bestechung ist eine Straftat und muss auch als solche behandelt werden, egal wo sie stattfindet. Eine zentrale Orientierung ergibt sich aus dem Bemühen, auch den Export von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen nach ökosozialen Merkmalen auszurichten. Wir sind gegen den Export von Abfällen der Wohlstandsgesellschaft in arme Regionen, um dort unter Gefahr für Leib und Leben der dort Lebenden sowie Natur und Umwelt eine Aufbereitung zu realisieren. Wir haben ebenfalls Vorbehalte gegen Exporte,

die einseitig alteingesessene Wirtschaftszweige, wie die Landwirtschaft in armen Ländern, zerstören und die Arbeitslosigkeit erhöhen. Dies gilt vor allem dann, wenn der Export durch Subventionierung in Deutschland oder der EU überhaupt erst möglich gemacht wird. Vergleichsweise wenige Arbeitsplätze in Deutschland oder der EU zu erhalten, indem Mittel, die für Innovationen verwendet werden könnten, für den Erhalt überlebter Strukturen verwendet werden, ist sowohl für die Export- als auch für die Importländer kontraproduktiv. Im Umkehrschluss sprechen wir uns klar gegen Importe von Produkten aus, deren Gewinnung durch eine fortschreitende Naturzerstörung überhaupt erst möglich ist. Gerade auf diesem Gebiet bedarf es internationaler Absprachen, um deutlich zu zeigen, was der Natur und den Menschen nützt und was eher schadet. Dem gegenüber erachten wir es als zielführend und, angesichts des Wachstums dieser Märkte für erfolgversprechend, im breiten Maße auf den Export nachhaltig wirkender, die Umwelt schützender und erhaltender Technologie und Dienstleistungen zu setzen. Wie im Abschnitt 3.10 „Versorgung mit Ressourcen und Energie sowie deren effektive Nutzung“ noch ausführlich gezeigt wird, kommt dabei der Entwicklung und Anwendung ressourcenschonender Technologien eine Schlüsselrolle zu. Zu exportierende Innovationen sollten sich wesentlich stärker mit der Verbesserung der Effizienz bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen beschäftigen als mit der Schaffung neuer „Ressourcen-Vernichter“.

Deutschland hat hier Spitzenleistungen aufzuweisen, die weltweit Einsatz gefunden haben und noch finden können. Genauso wichtig wie der Export von Produkten und Dienstleistungen, die nachhaltig in den Zielregionen wirken, ist uns die Frage, in welchem Maße unsere Märkte geöffnet sind für Importe, die unsere Wirtschaftskraft stärken und zudem in den Exportländern nachhaltig Arbeitsplätze schaffen. Aus diesem Grund spricht sich der BWA deutlich gegen jede Form von Protektionismus und Einschränkungen des freien Welthandels aus.

Außenwirtschaft lässt sich aber keinesfalls auf den Ex- und Import von Dienstleistungen und Gütern reduzieren. Außenwirtschaft umfasst mit gleicher Berechtigung auch die Einbindung in weltweite, leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke. Weiter unten, im Abschnitt „Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung“, wird dargestellt, in welchem Maße Deutschland auf einen Fachkräftemangel zusteuert. Waren es bisher in erster Linie Kostenargumente, die zu einer Auslagerung von Produktionslinien führten, wird zukünftig

der Mangel an Fachkräften ein weiteres Argument sein, bestimmte Abschnitte der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in andere Länder zu verlagern. Sicher ist es wichtig, den Zuzug von qualifizierten Fach- und Führungskräften nach Deutschland zu fördern. Dieser Weg hat aber Grenzen, die sich einerseits aus den Verlusten an Humanvermögen in den Herkunftsländern und andererseits aus der Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft ergeben. Als Konsequenz würde das bedeuten, in Deutschland nur den Teil der Arbeit zu verrichten, für den die Arbeits- bzw. Fachkräfte vorhanden sind. Deutsche Firmen zerteilen quasi den Komplex Arbeit in einen Teil den sie vom Ausbildungsstand und von der Anzahl der zur Verfügung stehenden Ressourcen bewältigen können und einen Teil, der von Partnern in anderen Teilen der Welt besser realisiert wird. Nicht einfach zu beantworten ist dabei die Frage, was in Deutschland bleiben soll und was im Ausland gemacht wird. Ist der Bildungsstand unserer Fachkräfte heute, morgen und übermorgen gut genug. Andere Länder haben deutliche Fortschritte in Bildung und Wissen zu verzeichnen. Sind die Entscheider in der deutschen Wirtschaft bereit, diesen selektiven Weg zu gehen und maßgebliche Teile in der Produktionskette auszulagern? Die selektive, ökonomisch und ethisch begründete Auswahl internationaler Partner für Entwicklung, Konstruktion, Produktion und für das Marketing in der globalen Welt ist der beste Garant, keine Probleme in der Beschaffung von gutem Personal vor Ort zu bekommen. Es geht dabei natürlich nicht nur um die Verbesserung der Marktstruktur für Arbeitskräfte in Deutschland. Mit der beschriebenen Veränderung der Firmenpolitik würden auch der Erhalt und der mögliche Ausbau der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb gesichert. Damit bekäme das Leitmotto des BWA „Wirtschaft, das sind wir alle.“ eine neue internationale Dimension. .

Bei diesen Überlegungen darf allerdings nicht vergessen werden, dass bisher die Verlagerung globaler Wertschöpfungsketten rund um den Globus oftmals mit einem enormen Aufwand an Transport (was wiederum die Ökobilanz der Produkte negativ beeinflusst) und der Ausbeutung ärmster Beschäftigter in Niedriglohnländern sowie der Zerstörung der Umwelt in den Partnerländern erkaufte wird. Eine solche Arbeitsteilung ist nicht im Sinne des BWA. Die Erbringung der Wertschöpfung im Rahmen internationaler Kooperationsnetzwerke muss daher unter Beachtung ökologischer und ethischer Gesichtspunkte erfolgen.

Zu beachten ist, dass als Alternative zu internationaler Arbeitsteilung in verschiedenen Regionen Deutschlands bereits regionale Wertschöpfungsnetzwerke entstanden sind, die als Alternative insbesondere zu einem Outsourcing „auf Gedeih und Verderb“ stehen. Sie nutzen einheimische Rohstoffe, verarbeiten sie nach ökologischen Gesichtspunkten durch Erwerbstätige aus der Region und sorgen dafür, dass auch die Abprodukte einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Solche lokalen Wertschöpfungsnetzwerke als Alternative zur grenzenlosen Globalisierung können eine nachhaltige Wertschöpfung in den Regionen, verbunden mit Sinnstiftung für die Bewohner, die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine deutliche Verringerung der Umweltbelastung durch Nutzung lokaler Ressourcen und Vermeidung von Transporten ermöglichen. Da auch solche regionalen Wertschöpfungsnetzwerke auf ein ausreichendes Angebot von passenden Arbeitskräften angewiesen sind, sollte darüber nachgedacht werden, ob es sinnvolle Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen den beiden Entwicklungen gibt.

4.5 Wachstum und Innovation

Trotz aller Krisen wächst die Weltwirtschaft weiter in hohem Tempo; dieses Wachstum war und ist Quelle des Wohlstandes, Basis für die Überwindung von Hunger und Elend und Grundlage für eine Form der Teilhabe der Bürger an der Gesellschaft, wie sie in früheren Jahrhunderten nicht vorstellbar war. Wachstum, so zeigt schon ein Blick nach Asien und Südamerika, findet dabei heute vor allem in den Schwellenländern statt. Dort wird das Wachstum getrieben durch die Zunahme der Weltbevölkerung und den Willen, bei der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen das nachzuholen, was die Industrieländer seit Beginn der industriellen Revolution bereits erreicht haben.

Wie bereits zum Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit ausgeführt wurde, ist die moderne Industriegesellschaft dabei, die ökologischen Grenzen des Wachstums an vielen Stellen zu überschreiten. Ungebremstes Wachstum in der bisherigen Form, welches möglicherweise zur nochmaligen Verdopplung von Energieverbrauch und globaler Wertschöpfung in den nächsten 20 bis 30 Jahren führen könnte, zerstört seine eigenen Grundlagen. Und zwar nicht nur in den Schwellenländern mit hoher Wachstumsdynamik, sondern als Rückkopplung globaler Auswirkungen auch hier. Daher ist es an der Zeit, über eine Neudefinition von Wachstum nachzudenken, ohne vorschnell auf bewährte Leitmechanismen der Ökonomie zu

verzichten. Ein solcher Leitmechanismus ist die Orientierung am jährlichen Wachstum des Bruttoinlandproduktes, welches in Deutschland, mit Ausnahme einiger Krisenjahre, kontinuierlich gestiegen ist. Der BWA vertritt die Auffassung, dass Deutschland auch zukünftig eine Wachstumsperspektive braucht, welche allerdings die demografische Perspektive, gekennzeichnet durch einen möglichen Rückgang der Wohnbevölkerung und in noch stärkeren Umfang der Erwerbsbevölkerung, berücksichtigen muss. Auf Wachstum zu verzichten, ohne im internationalen Kontext über eine akzeptable Alternative für die Sicherung der Lebensbedingungen zu verfügen, hieße den Standort Deutschland zu gefährden.

Allerdings ist klar, dass Wachstum nicht einfach weiter in den bisherigen Bahnen erfolgen kann. Dringend notwendig ist eine Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Naturverbrauch, was auch mit dem Begriff einer neuen, industriellen Revolution verbunden ist. An die Stelle eines quantitativen Wachstums muss im Interesse der Erhaltung der Lebensgrundlagen zunehmend ein qualitatives Wachstum treten, welches den gesellschaftlichen Wohlstand mit abnehmendem Naturverbrauch sichert. Deutschland kann auf diesem Gebiet, das insbesondere durch die deutliche Steigerung der Ressourceneffizienz gekennzeichnet ist, Vorreiter sein; Vorreiter für eine im Wachstum begriffene Welt, die sich auch durch europäisches oder deutsches Nullwachstum in ihrer Dynamik nicht aufhalten lässt. Der BWA plädiert daher für eine Erschließung der endogenen Wachstumsquellen in Deutschland, die verbunden ist mit einer drastischen Senkung des absoluten Ressourcenverbrauchs. Erreichbar ist ein solches Umsteuern in erster Linie durch eine Neuausrichtung bei der Entwicklung und Erschließung der Innovationspotenziale unseres Landes. Es gibt keinen Zweifel; Deutschland braucht auch weiterhin Innovationen. Die Organisation von Forschungs- und Innovationsprozessen ist heute eine Überlebensfrage für Länder die reich bleiben wollen, wie Deutschland, oder die reich werden wollen, wie China. Innovationsförderung ist Zukunftssicherung und muss in ausreichendem Maße durch Zufluss privater und öffentlicher Mittel vorangetrieben werden. Dazu vertritt der BWA eine eindeutige Position.

Innovationen, ohne ausreichende gesellschaftliche Reflexion, haben auch ihre Schattenseiten. Sie sind heute Lebenselixier einer entfesselten Weltökonomie, auch wenn viele Menschen das Tempo der Veränderungen kaum noch aushalten und sich nach

Entschleunigung sehnen. Entschleunigung eines Prozesses, der nicht nur den Bereich der Produktion von Gütern und Dienstleistungen unter Dauerstress setzt, sondern auch tief in das Privatleben hineinwirkt. So wie das Wachstum einer Orientierung in Richtung Erhöhung der Ressourceneffizienz und Entkopplung vom Naturverbrauch bedarf, dürfen auch Innovationen nicht zum Selbstzweck werden. In jedem Einzelfall sollte die Frage gestellt werden, welche Auswirkungen die Innovation auf das Leben jetziger und zukünftiger Generationen und die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen hat. Da Innovationen nur dann solche sind, wenn sie sich am Markt durchsetzen, ist die begrenzte öffentliche Förderung auf Innovationen auszurichten, die besonders nachhaltige Wirkungen haben. Nachhaltigkeit ist hierbei als ökologisch, ökonomisch und sozial zu verstehen.

Der BWA bekennt sich zum nachhaltigen Wachstum! Darüber hinaus steht der BWA Überlegungen aufgeschlossen gegenüber, die auf der Suche sind nach einem neuen Selbstverständnis für die Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlstandes welches Alternativen zum BIP aufzeigt. Denn das BIP misst in erster Linie Wachstum und nicht Wohlstand. Es ist bekannt, dass das BIP auch dann ansteigt, wenn nach Unglücken und Naturkatastrophen Aufräumarbeiten Millionen kosten. Wir wollen nicht einfach ignorieren, dass in Ländern wie Ecuador oder Bolivien das „gute Leben“ trotz großer Armutprobleme zum Verfassungsziel erklärt wurde. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Land Bhutan das „Bruttonationalglück“ als Staatsziel in der Verfassung verankert hat und ein internationales Spitzentreffen im April 2012 in New York⁵ veranlasst hat, das sich alternativen Methoden zur Messung von Wohlstand und gutem Leben in der Einheit von ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien widmete. Begriffe wie NWI (Nationaler Wohlfahrtsindex) oder HPI (Happy Planet Index), sollten nicht einfach ignoriert, sondern sollten auf ihre Brauchbarkeit und Akzeptanz hin getestet und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Möglicherweise bieten sie letztlich interessante Alternativen, um gerade ökologisch und sozial bedenkliche einseitige Wachstumsfantasien einzugrenzen und wieder stärker Mensch und Natur in das Zentrum zu rücken. Der BWA wird sich an den diesbezüglichen Diskussionen mit großer Offenheit beteiligen.

⁵ Vgl. Ischinger, C.: *Bhutan. Glück für die Welt*, URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bhutan-glueck-fuer-die-welt-1.1323930> (letzter Abruf am 31.05.2012).

4.6 Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung

Die Einwohnerzahl Deutschlands, die lässt sich nicht ignorieren, schrumpft seit einigen Jahren und wird in Abhängigkeit von Zuwanderungen möglicherweise auch zukünftig weiter abnehmen. Besonders stark von der absoluten Abnahme betroffen ist die Gruppe der Erwerbspersonen, während die Gruppe der Älteren eher stagniert. Aus dieser demografischen Entwicklung heraus resultieren Ängste hinsichtlich eines sich schrittweise ausprägenden Arbeits- und Fachkräftemangels (Studien sprechen von einem Fehlbedarf zwischen drei und vier Millionen Arbeitskräften im Jahr 2020)⁶ sowie des Verlusts an Innovationskraft durch die alternden Belegschaften. Als Reaktion darauf wurden u. a. Aktivitäten zur Verringerung der Teilzeitquote, zur Modernisierung von Arbeitsplätzen, die Rente mit 67 sowie Maßnahmen und Modellprojekte zur Erschließung von Arbeitskräftepotenzialen solcher Gruppen, wie nicht erwerbstätige Frauen, Erwerbslose oder Jugendliche ohne Abschluss, auf den Weg gebracht. Auch in den Unternehmen finden sich vielfältige Bemühungen, die Potenziale der Mitarbeiter durch die Arbeitskraft erhaltende Arbeitsbedingungen, Weiterbildung oder Angebote der Gesundheitsförderung zu entwickeln und zu fördern.

Nicht alle Befürchtungen sind wirklich begründet. So hält die Sorge, ältere Belegschaften würden automatisch an Innovationskraft verlieren, kritischen Überprüfungen nicht stand.⁷ Hinzu kommt, dass sich die Gesamtbevölkerung in Deutschland schon seit dem Jahr 2003 rückläufig entwickelt, das Arbeitskräftepotenzial, gemessen an der Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren geht sogar schon seit 1997 zurück. Ungeachtet dessen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung positiv, da die absoluten Verluste durch höhere Erwerbsbeteiligung ausgeglichen werden konnten.

All diese Tatsachen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der demografische Wandel eine der größten Herausforderungen für Deutschland ist, welche gleichermaßen das Bildungssystem und die Unternehmen in hohem Maße trifft, denn der mögliche zukünftige

⁶ Vgl. McKinsey Deutschland (Hrsg.): *Wettbewerbsfaktor Fachkräfte. Strategien für Deutschlands Unternehmen*, 2011.

⁷ Vgl.: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*, Berlin, 2011.

Rückgang der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials überschreitet bei weitem die Erfahrungen der Vergangenheit.

Der Ausbau der Bildungsanstrengungen in allen Ebenen des Bildungssystems ist zweifellos der Kern der Aktivitäten zur Fachkräftesicherung vor dem Hintergrund der zukünftig deutlich zurückgehenden Anzahl von Erwerbspersonen. Verstärkte Bildungsbemühungen sind notwendig, um alle vorhandenen Potenziale systematisch zu erschließen. Das beginnt in der frühkindlichen Bildung und endet keineswegs bei der Qualifizierung von Erwerbslosen (vgl. Punkt 3.7) Es wäre aber eine vorschnelle Entscheidung sich darauf zu beschränken, denn es gibt noch weitere Möglichkeiten, die Beachtung finden müssen. Diese lassen sich in Aufgabenstellungen zur Sicherung und Erhaltung der in den Betrieben vorhandenen Potenziale und Aktivitäten zur Erschließung zusätzlicher Potenziale an Erwerbstätigen unterscheiden.

Für die Weiterentwicklung der in den Unternehmen vorhandenen Potenziale an Erwerbstätigen ruft der BWA alle Unternehmen auf, die Qualität von Arbeitsprozessen so zu gestalten, dass keine unnötigen Belastungen der Mitarbeiter auftreten und dadurch die Möglichkeiten einer kontinuierlichen Weiterentwicklung erhalten bleiben. Hohe Bedeutung haben in diesem Kontext Maßnahmen des Gesundheitsmanagements in der Einheit von Verhaltens- und Verhältnisprävention. Ferner sollten Arbeitstätigkeiten lernhaltig ausgerichtet sein, sodass der Verlust von Kompetenzen vermieden wird.

Derartige Maßnahmen kommen insbesondere älteren Mitarbeitern, im Sinne des Leistungserhaltes, zugute. Es ist volks- wie auch betriebswirtschaftlich sinnvoll, Ältere in eine nachhaltige und langfristige Personalpolitik einzubinden und somit von ihren Kompetenzen, ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Erfahrungswissens zu profitieren. Dabei ist es bedeutsam auf die veränderten Bedürfnisse der Belegschaft zu reagieren und ihnen mit einer entsprechenden Ausgestaltung des Arbeitsplatzes zu begegnen. Dies schließt ein Angebot an Weiterbildung, im Sinne des lebenslangen Lernens, betriebliches Gesundheitsmanagement und eine altersspezifischen Arbeitsorganisation und –verteilung, die die unterschiedlichen Fähigkeiten der jüngeren und älteren Mitarbeiter berücksichtigt, mit ein.⁸ Hier sei auch auf die Demografiestrategie verwiesen, die von der Bundesregierung als Reaktion auf die

⁸ Vgl. ebd.

Bevölkerungsentwicklung herausgegeben wurde.⁹ Unter der Überschrift „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“ subsumieren sie die wesentlichen Ziele, die die längere und verbesserte Integration Älterer in das Erwerbsleben zum Inhalt haben.

Eine Frage der Qualität der Arbeit ist letztlich auch die Sicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, insbesondere von Beruf und Familie. Mitarbeiterfreundliche Unternehmensstrukturen und Arbeitsbedingungen tragen nicht nur dazu bei, die Rahmenbedingungen für die vorhandenen Mitarbeiter zu verbessern. Sie sind auch wichtige Faktoren im Wettbewerb um Fachkräfte und bilden damit eine Schnittstelle zur Aktivierung zusätzlicher Potenziale auf betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene. Familienfreundliche betriebliche Strukturen, ergänzt durch von der öffentlichen Hand geschaffene Rahmenbedingung, wie den Ausbau der Kinderbetreuung, sind geeignet, die Frauenerwerbstätigkeit deutlich zu steigern. Dies geschieht gleichermaßen indem nicht erwerbstätige Frauen eine Arbeitsstelle annehmen und Frauen in Teilzeitbeschäftigung den Arbeitsumfang ausdehnen. Angesichts der Bedeutung dieser Vorgehensweise schlägt der BWA vor, die Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ in den Unternehmen auszubauen und gleichzeitig eine neue Qualität im Sinne der Entwicklung familienfreundlicher Regionen unter Mitwirkung von Unternehmen anzustreben. Aktivitäten in diese Richtung wird der BWA im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. Ähnliches gilt auch für die gezielte Förderung und Entwicklung von Mitarbeitern in den Unternehmen. Der BWA ruft seine Mitglieder und andere Unternehmen auf, konkrete Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung zu erstellen und zu verwirklichen.

Auf Basis der demografischen Entwicklung gilt es nicht nur ältere Arbeitnehmer länger in Unternehmen zu behalten, es ist ebenso geboten, diese nach Verlust des oftmals über lange Zeit besetzten Arbeitsplatzes so schnell wie möglich wieder in die Unternehmen Arbeitsmarkt zu integrieren. Ferner wird für die Erschließung der Potenziale von Erwerbslosen, angesichts einer Ausdehnung des Anteils der Langzeitarbeitslosen, eine einseitige Fixierung auf deren Qualifizierung nicht ausreichen, um die Einmündung in die

⁹Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*, Berlin 2012.

Unternehmen zu ermöglichen. Zukünftig wird es notwendig sein darüber nachzudenken, in welchem Maße Unternehmen in der Lage sind, durch Entwicklung ihrer eigenen Strukturen und die Vorbereitung der Führungskräfte und Mitarbeiter auf den Umgang mit zunächst weniger leistungsfähigen Personen, die Voraussetzungen für deren Integration in den Arbeitsprozess zu verbessern. Das gilt auch für die verstärkte Integration von Behinderten. Für den BWA ist die von der UNO geforderte Vertiefung der Inklusion auf allen Ebenen von der Schule bis in die Berufswelt ein wichtiges Anliegen. Gegenwärtig noch kaum praktizierte Maßnahmen in diese Richtung wären z.B. die Änderung der Anforderungen an bestimmte Arbeitsplätze oder auch die psychosoziale Vorbereitung von Teams und Führungskräften auf den Umgang mit leistungseingeschränkten Mitarbeitern. Da sich diese Entwicklung noch am Anfang befindet, bieten sich für jeden Spielräume für innovative Aktivitäten.

Als stark im internationalen Bereich tätiger Verband ist es für den BWA selbstverständlich, den Zuzug ausländischer Fachkräfte nach Deutschland zu unterstützen. Dafür müssen die Voraussetzungen weiter deutlich verbessert werden. Das beginnt mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse für im Land lebende und für zuzugswillige Fachkräfte, wofür durch das Anerkennungsgesetz und das Informationsportal "Anerkennung in Deutschland" wichtige Voraussetzungen geschaffen wurden. Unternehmen, die ernsthaft ausländische Fach- und Führungskräfte integrieren wollen, stehen vor der nicht einfachen Aufgabe, auf betrieblicher und regionaler Ebene eine Willkommenskultur zu etablieren, die ihnen einen vorderen Platz im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte sichert. Darüber hinaus unterstützt der BWA Vorhaben, Fach- und Führungskräfte aus anderen Ländern mit entsprechenden Voraussetzungen gezielt für eine Tätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Damit verbindet sich nicht nur die Möglichkeit einer teilweisen Entschärfung des Fachkräfteproblems. In ihre Heimatländer zurückkehrende Fach- und Führungskräfte können auch ganz wesentlich dazu beitragen, die weltweite Vernetzung und Positionierung deutscher Firmen zu unterstützen.

4.7 Bildung

Die Herausforderungen an das deutsche Bildungssystem sind umfassend und können keineswegs nur aus dem demografischen Wandel und der Sicherung der Fachkräftebasis Deutschlands abgeleitet werden. Bildung hat einen Eigenwert. Sie ist der Schlüssel, der aus Kindern gemeinschaftsfähige, sozial handelnde, selbstbewusste, selbständige und

selbstbestimmte Persönlichkeiten werden und Erwachsene, trotz ständiger Veränderungen und Herausforderungen, bleiben lässt. Als rohstoffarmes, exportorientiertes Hochtechnologieland ist Deutschland geradezu darauf angewiesen, alle Reserven in den Köpfen zu erschließen, nicht zuletzt mit dem Ziel, im weltweiten Wettbewerb um neues Wissen und neue Technologien auch zukünftig einen Spitzenplatz einzunehmen. Auch unser Gemeinwesen und die Demokratie funktionieren nur, wenn Menschen ihr Wissen nutzen, um sich eine eigene fundierte Meinung zu bilden und ihre Interessen mit gesamtgesellschaftlichen Interessen abzugleichen. Teilhabe an der Gesellschaft, die Führung eines selbstbestimmten Lebens und Bildung lassen sich nicht voneinander trennen.

Ungeachtet des Eigenwertes von Bildung lassen sich aus dem demografischen Wandel spezifische Forderungen ableiten. In der Summe geht es darum, angesichts der quantitativ zurückgehenden Humanressourcen nicht nur aus sozial-, sondern auch aus wirtschaftspolitischer Sicht alle Möglichkeiten auszunutzen, um einen möglichst großen Teil der Bevölkerung mit optimaler Bildung auszustatten. Eine solche Orientierung verlangt zuallererst das Aufbrechen aller Segregationstendenzen im Bildungswesen. Der BWA bekennt sich zur Förderung besonders leistungsfähiger Menschen im Sinne der Entwicklung von Eliten. Aber obgleich wir Eliten brauchen und diese auch fördern müssen, darf Bildung keine elitäre, geschlossene Veranstaltung sein. Chancengerechtigkeit beginnt zuallererst mit der Möglichkeit, gleiche Bildung zu erhalten und durch Bildung aufzusteigen. Der BWA unterstützt daher Bemühungen, allen Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch denen aus bildungsfernen Milieus, den gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen sowie Bildungsarmut entgegenzuwirken und Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Gleiches gilt für Erwerbsspersonen, die sich in späteren Jahren entschließen, den Aufstieg durch Bildung in Angriff zu nehmen oder ihre Stellung im Arbeitsleben durch Bildung zu stabilisieren.

Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen gesteigert werden und Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, die nicht allein vom Bildungssystem zu bewältigen ist. Dieser Herausforderung wollen und müssen sich auch die Mitgliedsunternehmen des BWA stellen, indem sie sich verstärkt mit Schulen, Hochschulen und anderen Bereichen des Bildungssystems vernetzen, für die Kooperationspartner Zeit aufwenden und ihre ganz spezifische Sicht der Dinge vor Ort einbringen. Der BWA unterstützt auch Bemühungen, im gesamtgesellschaftlichen

Verteilungskampf um knappe Ressourcen der Bildung trotz aller Widerstände eine zentrale Rolle gegenüber konsumtiven Ausgaben und Investitionen in das Sachkapital zuzuweisen. Betrachtet man die verschiedenen Bereiche des Bildungssystems¹⁰, so ergeben sich große Unterschiede, die zudem regional gebrochen werden. Vor einer massiven Ausweitung stehen die Aufgaben in der frühkindlichen Bildung. Hier werden im frühen Lebensalter wichtige Weichen für die Herausbildung von Kompetenzen und Verhaltensweisen auf den Weg gebracht, vorausgesetzt die Betreuungsangebote erfüllen auch die notwendigen Standards. Eine weitere Professionalisierung der Betreuungskräfte und die deutliche Erhöhung ihrer Anzahl sind angesichts des Rechtsanspruchs auf Förderung dringend erforderlich. Die allgemeinbildenden Schulen werden in den nächsten Jahren mit einem Rückgang der Schülerzahlen und weiteren Verschiebungen in der sozialen Struktur der Schüler (Zunahme von Schülern mit Migrationshintergrund und aus einkommensschwachen Familien) konfrontiert werden. Der BWA plädiert dafür, der Ausbildung stabiler fachlicher und methodischer Grundkompetenzen und gesellschaftlich akzeptierter sozialer Verhaltensweisen in allen Schulformen mehr Raum zu geben, um so die Anzahl der Schulabbrecher deutlich zu verringern und die Berufsorientierung weiter zu verbessern sowie die Motivation der Schüler zu erhöhen und eine Fehlsteuerung, an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei, zu verhindern. Dabei ist zu beachten, dass sich das lernfähige Potenzial von Jugendlichen altersmäßig sehr unterschiedlich zeigt. Daraus abzuleiten ist eine Ablehnung von zu frühzeitiger Festlegung von Schullaufbahnen und Talentförderungen.

Um die Wechselbeziehung zwischen Schule und Wirtschaft weiter auszuprägen, fordert der BWA, dass sich die Unternehmen ihrer Schlüsselrolle und Verantwortung bei der adäquaten und praxisorientierten Bildung der Schüler stärker bewusst werden, die stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in die Curriculumentwicklung der allgemeinbildenden Schulen, die systematische Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben in den Unterricht sowie die Schaffung von Unterrichtszeiten für berufspraktische Themen in einzelnen Schulformen. Trotz geringer werdender Schülerzahlen soll gerade in Flächenländern eine wohnortnahe Schulausbildung ermöglicht und der Bezug des Schulunterrichtes zur Wirtschafts- und Arbeitswelt verstärkt werden. Besonderes Augenmerk ist auch der Erreichung gleicher Bildungsstandards in den Ländern zu widmen, um die, von den Unternehmern geforderte,

¹⁰ Vgl. ebd.

Flexibilität am Arbeitsmarkt nicht durch suboptimale Wechselmöglichkeiten der Kinder zu konterkarieren.

Wichtige Schritte bei der Umsetzung dieser Forderungen sind der Ausbau von Ganztagschulen und deren pädagogische Profilierung, die Kooperation unterschiedlicher Schulformen in dünn besiedelten Gebieten, die Einbeziehung von Unternehmensvertretern in die Entwicklung von Lehrplänen und den Schulalltag, eine Weiterentwicklung und Professionalisierung der Lehreraus- und -weiterbildung mit dem Ziel, neben hohen fachlichen und didaktischen Standards, auch die Befähigung zur besseren Vermittlung der Bedürfnisse der Lebens- und Arbeitswelt zu verstärken und die Beendigung von Behinderungen für private Schulträger in einzelnen Bundesländern, um ihnen die Möglichkeiten einzuräumen, die ihnen laut Grundgesetz auch zustehen.,

Facharbeiter bilden bis heute das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist der zu erwartende Rückgang der Teilnehmerzahlen der Berufsausbildung für die Unternehmen eine massive Herausforderung. Zu erwarten ist eine erhöhte Konkurrenz der Ausbildungseinrichtungen und der Unternehmen um die Jugendlichen. Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen werden nicht umhinkommen, bildungsbenachteiligte Bewerber, wie z.B. Teile der Hauptschüler, Migranten und Altbewerber, in die Ausbildung einzubeziehen und gezielt zu fördern. Das wird zusätzliche Ressourcen an Zeit und Geld und eine Neubestimmung von Prioritäten bei der Fachkräftesicherung erfordern.

Ungebremst ist der Zulauf zu den Hochschulen. So wird nach dem Demografie Bericht der Bundesregierung trotz des demografischen Faktors und nach Überschreiten der Spitzenwerte durch doppelte Abiturientenjahrgänge die Zahl der Studierenden bis nach 2020 auf hohem Niveau verbleiben und danach vermutlich leicht sinken. Die Hochschulen müssen daher weiter ausgebaut werden und insbesondere die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen sind weiter zu verbessern. Den Hochschulen kommt die doppelte Funktion zu, sowohl den Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft an immer höher qualifiziertem Personal als auch durch ihre Forschungstätigkeit den ständig steigenden Bedarf an gesichertem Wissen zu befriedigen. In der Forschung haben die deutschen Hochschulen in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch wettbewerblich strukturierte

Fördermaßnahmen wie die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern – erhebliche Fortschritte gemacht und in vielen Bereichen Anschluss an die internationale Spitzenforschung gefunden. Diese Fortschritte gilt es zu verstetigen und auf Dauer sicher zu stellen. Einer engeren und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvollen Verzahnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung kommt dabei eine ganz besondere strategische Bedeutung zu.

Positive Entwicklungen gibt es auch in der Lehre, aber diese reichen noch nicht aus. Verbesserungswürdig sind z.B. die didaktische Befähigung vieler Dozenten sowie die Studienberatung, um die Zahl unnötige Studienabbrüche wegen falscher Vorstellungen zum Studienfach zu vermindern. Wie die Schulen sollten auch die Hochschulen versuchen, den Kontakt zur Wirtschaft zu verbessern. Fehlende Freiräume für die Mitwirkung von Praxisvertretern in den Bachelor- und Masterstudiengängen sollten kritisch hinterfragt und im Sinne einer besseren Berufsvorbereitung aufgebrochen werden. Zweifellos kommt der Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten im Studium eine Schlüsselstelle zu. Mit steigenden Studentenzahlen ist aber zu beachten, dass nur ein kleiner Teil der Hochschulabsolventen im Wissenschaftssystem verbleibt. Die Mehrzahl sucht nach dem Studium einen Weg in die Wirtschaft. Da darf es kein Tabu sein, den Studierenden berufsrelevante Kenntnisse, Kompetenzen und Erfahrungen mit auf den Weg zu geben und ihnen ein realistisches Bild von der Arbeitswelt zu vermitteln. Das betrifft auch den Praxisbezug an Universitäten, die beispielsweise Module mit Projektarbeiten, mehr Praktika sowie Veranstaltungen zusammen mit Unternehmen anbieten sollten.

Lebenslanges Lernen (LLL) müsste in der Wissensgesellschaft und angesichts sich schnell ändernder beruflicher Anforderungen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Bisher liegt die Weiterbildungsbeteiligung aber noch deutlich unter den Möglichkeiten und weist große Unterschiede nach Unternehmensgröße, Alter und Qualifikation der Mitarbeiter auf.

Die Weiterbildungsbeteiligung aller Gruppen der Bevölkerung muss unbedingt ausgebaut werden, zumal Weiterbildung einen steigenden Stellenwert als Mittel für demografiefeste Personalentwicklung erhält. Um das zu erreichen sind neben dem Ausbau und Nutzung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen, wie arbeitsmarktpolitische Weiterbildungsförderung, Bildungsprämie, „Meister-BAföG“, Weiterbildungsstipendien des Programms „Begabtenförderung berufliche Bildung“ und Förderangeboten für KMU im Bereich von

Weiterbildung und Personalentwicklung, vor allem steigende Anstrengungen der Unternehmen selbst erforderlich. Unternehmen aller Größenordnungen und Branchen werden aufgerufen, verstärkt eigene Mittel für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter einzusetzen. Die Anstrengungen der Unternehmen sollten nicht zuletzt darauf abzielen, bisher benachteiligte Gruppen in die Weiterbildung einzubeziehen, neue Formen des Lernens (z. B. unter Nutzung elektronischer Medien) zu entwickeln und den Transfer von Ergebnissen der Weiterbildung in die betriebliche Praxis voranzutreiben.

4.8 Sozialer Ausgleich und Chancengerechtigkeit

Schon bei den Leitmotiven in Abschnitt 1 wurde betont, dass die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nur auf einem gleichberechtigten Fundament aus sozialer Verantwortung, Nachhaltigkeit und Wirtschaft funktionieren kann. Deutschland steht dabei nicht allein. Da in der hochgradig vernetzten Welt von heute isolierter Wohlstand schon durch den drohenden Verteilungskampf um knappe Ressourcen und die Auslösung unkontrollierbarer Migrationsbewegungen auf Dauer kaum noch vorstellbar ist, ist davon auszugehen, dass dauerhafter Wohlstand nur erreichbar ist, wenn Wohlstand für Alle als Ziel anvisiert wird. Das erfordert einen fairen Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen und Ländern aber auch innerhalb der Länder. Sozialer Ausgleich, u.a. durch eine gute Ausbildung und die damit verbundene Chancengerechtigkeit, eine für alle zugängliche Gesundheitsversorgung, den Ausgleich von, aus der sozialen Herkunft ableitbaren, Nachteilen durch das Steuersystem und den Zugang zu einer intakten Umwelt sind wichtige Voraussetzungen für den Wohlstand eines Landes und der Welt und zugleich für Stabilität und inneren Frieden. Dies gilt gleichermaßen für einen konsequenten Schutz der Umwelt und die Sicherung kritischer Ressourcen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist in diesem Kontext ein wichtiges Prinzip, welches auf europäischer Ebene und weltweit in entsprechenden Dokumenten verankert werden sollte.

Sozialer Ausgleich negiert jedoch nicht das Prinzip, dass Leistung sich auch lohnen muss. Der BWA ist gegen Gleichmacherei und für Leistungsorientierung auf nahezu allen Ebenen der Gesellschaft, welche die dafür notwendigen Voraussetzungen bieten. Das beginnt bereits in der Schule, wo die Kinder frühzeitig mit dem Leistungsgedanken vertraut gemacht werden sollen und unter Vermeidung von Negativ-Erfahrungen, Versagensängsten und

Diskriminierung auf kindgerechte Art erleben, welche Quelle von Glück und Freude in Können und Leistung liegt. Das reicht bis zu der schon in der Schule vermittelten Perspektive, als „Lebensunternehmer“ die eigene Zukunft gestalten zu können. Leistungsorientierung ist auch zwingend nötig in der Berufsausbildung bzw. dem Studium und findet seinen Höhepunkt im Arbeitsleben. Auch und gerade die vom BWA vertretene ökosoziale Marktwirtschaft braucht leistungsfähige und leistungsbereite Menschen, um die Anforderungen des bevorstehenden ökologischen Umbaus der Gesellschaft zu bewältigen. In besonderem Maße gilt das für Unternehmerpersönlichkeiten, deren Agieren ohne ausreichende intrinsische Motivation undenkbar ist. Unternehmer sind nicht nur Träger des Leistungsgedankens, sie verbinden die Bereitschaft zur Erbringung von Leistung auch mit ganz persönlichen Risiken, die den Chancen einer selbständigen Tätigkeit gegenüber stehen. Aus der Kombination von Leistung, Kreativität und Risiko leitet der BWA ab, dass sich die Arbeit von Unternehmern und ihren ähnlichen Führungskräften lohnen muss. Bei der Bemessung eines angemessenen Unternehmereinkommens sollte auch Beachtung finden, dass Unternehmer i.d.R. selbst für die Zeit nach dem Arbeitsleben vorsorgen müssen – ein Umstand, der beispielsweise beim Vergleich mit Beamten eine alleinige Betrachtung des laufenden Einkommens völlig unangemessen erscheinen lässt.

Ungeachtet der klaren Positionierung zur Leistung ist für den BWA die Gleichzeitigkeit von Leistungsorientierung und sozialem Ausgleich zentral. Es geht um Leistung und Gegenleistung, um Fairness und Gerechtigkeit, um Solidarität und Subsidiarität. Diese Gleichzeitigkeit muss sich auf verschiedensten Ebenen der Gesellschaft widerspiegeln.

Im Zusammenspiel von sozialer Herkunft und Wirkungsweise des Bildungssystems ist zunächst die Chancengerechtigkeit zu nennen, die wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beiträgt. Die Chance zum Aufstieg durch Bildung und Leistung sind Ideale, die insbesondere in der Wirtschaftswelt anzutreffen sind und die es auch in anderen Bereichen zu realisieren und zu etablieren gilt. Wird diese Chance verwehrt, so werden kreative Potenziale im günstigsten Fall nur blockiert, im ungünstigsten Fall brechen sie sich gewaltsam Bahn. Beides kann sich unsere Gesellschaft angesichts des demografischen Wandels, weltweitem Wettbewerb und der Bedeutung von Stabilität schlicht nicht leisten. Neben der Chancengerechtigkeit kommt der Verteilungsgerechtigkeit von Arbeitseinkommen eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Wirtschaft zu. Nach Ansicht des BWA müssen die

Verhältnisse zwischen Arbeitseinkommen der Mitarbeiter und Einkommen von Spitzenmanagern sich in einem Verhältnis bewegen, welches auf beiden Seiten Akzeptanz findet. Das gilt nicht nur für die absoluten Summen, sondern auch für Steigerungsraten. In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch gegen Vergütungssysteme, die ausschließlich den kurzfristigen Erfolg belohnen und langfristiges nachhaltiges Denken ignorieren, Denn solche Systeme haben in extremer Form ganz wesentlich zum Ausbruch der Finanzkrise beigetragen.

Problematisch ist aus Sicht des BWA die schrankenlose Ausdehnung des Niedriglohnssektors. Das Arbeitseinkommen einer Vollzeitkraft sollte ausreichen, um ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsschwelle zu ermöglichen. Die allein durch Kostenminimierung begründbare Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung wirkt in diesem Zusammenhang kontraproduktiv. Das schließt ein, auf Ausgleichsmaßnahmen für Vollbeschäftigte durch staatliche Transfers möglichst verzichten zu können. Der Gewährung von tariflich vereinbarten Mindestlöhnen kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Verteilungsgerechtigkeit ist auch ein wesentliches Moment auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Der BWA plädiert für ein, die Demokratie stabilisierendes, balanciertes Verteilungsmuster und spricht sich gegen eine sich beschleunigende Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger Prozent der Bevölkerung aus. Ein fairer Ausgleich zwischen den sozialen Bevölkerungsgruppen ist ein wirksames Mittel gegen Demokratieverdruss und zur Erschließung gesellschaftlicher Potenziale. Ein balanciertes Verteilungsmuster hat ebenso Auswirkungen auf das Steuer- und Abgabensystem. Wir streben ein Verteilungsmuster an, bei dem sich auf der einen Seite Leistung lohnt, d. h. Leistung zu einem höheren Einkommen führt. Auf der anderen Seite soll aber auch für die weniger Erfolgreichen und diejenigen, die wegen körperlicher oder seelischer Einschränkungen nicht am Wertschöpfungsprozess teilhaben können, ein ausreichender Anteil an Wohlstand gesichert sein, ohne ihnen die Motivation zur Überwindung ihrer Beschränkungen zu nehmen, soweit sie dafür die notwendigen Voraussetzungen besitzen. Leistung soll sich lohnen – das gilt auch für die Menschen, die bemüht sind, zeitweilige Beschränkungen ihrer Leistungsfähigkeit durch berufliche Neuorientierung, Weiterbildung usw. zu überwinden. Das Steuer- und Abgabensystem muss dem gerecht werden, indem es

die ökonomische Leistungsfähigkeit berücksichtigt, ohne Leistungsanreize zu zerstören. In diesem Sinne spricht sich der BWA gegen jede Form von Neiddebatte aus.

4.9 Ethisches Handeln in Gesellschaft und Unternehmen

Wohlstand für Alle, Beachtung der Würde eines jeden Menschen und Erhalt der Umwelt sind nicht nur zentrale weltwirtschaftliche Fragen, sondern die ethische Basis für die nachhaltige Gestaltung der Zukunft und damit auch für das Handeln aller Akteure unserer Gesellschaft, einschließlich der Unternehmen. Jeder Fortschritt und jede vorgeschlagene Änderung ist an diesen Kriterien zu messen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Unternehmen als zentraler Punkt der Wertschöpfung in unserer Gesellschaft einer Eigenlogik unterliegen. Um ihre eigene Reproduktion zu sichern, müssen sie Gewinn erwirtschaften und im Wettbewerb bestehen. Aber auch die Erwirtschaftung von Gewinn und das Bestehen im Wettbewerb ist ethischen Grundsätzen unterzuordnen. Ohne diese Rückbindung lassen sich in demokratisch verfassten Gesellschaften weder ausreichend verlässliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung wirtschaftlicher Prozesse konstituieren, noch ist es möglich den Unternehmen die Akzeptanz in der Gesellschaft zu verschaffen, die sie angesichts ihrer zentralen Rolle bei der Erzeugung und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums einnehmen müssten.

Der BWA begrüßt und fördert aktiv in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die stärkere Betonung der ethischen Grundfragen im öffentlichen Diskurs. Dies gilt auch, und insbesondere, für eine entsprechende Positionierung von Unternehmen im Sinne der Corporate Social Responsibility und die Frage der Compliance, also der Durchsetzung bzw. Umsetzung von erklärten Prinzipien. Wichtig erscheint es dem BWA auch, dass Unternehmen die von ihnen gelebten Prinzipien aktiv im Sinne von Social Marketing nach außen vertreten. Unter Corporate Social Responsibility (CSR) verstehen wir dabei die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. CSR steht für eine nachhaltige Unternehmensführung, die in der Geschäftsstrategie des Unternehmens verankert ist. CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig. Unser Ziel ist es in Unternehmen, insbesondere auch in KMU, einen Bewusstseinswandel dahingehend herbeizuführen, dass CSR sich für Unternehmen und Gesellschaft lohnt. Denn CSR bietet für Deutschland und seine Unternehmen die Chance, sowohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, als auch Antworten auf gesellschaftliche

Herausforderungen zu finden. Es beinhaltet gleichermaßen eine soziale und eine ökologische Komponente. In Anlehnung an die von der Bundesregierung im Jahr 2010 verabschiedete „Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR)“ und den zugehörigen „Aktionsplan CSR“¹¹ folgen wir dabei einem breiten Verständnis von CSR. Dies umfasst Elemente wie die faire Behandlung und Förderung von Mitarbeitern, die schonende Nutzung natürlicher Ressourcen, die Beachtung von Menschenrechten und deren internationale Durchsetzung, die Leistung eines positiven Beitrages für das Gemeinwesen, die Förderung kultureller Vielfalt in den Unternehmen, Transparenz in der Unternehmensführung und nicht zuletzt die Achtung von Verbraucherrechten und Verbraucherinteressen. Durch CSR-Maßnahmen sollen die Unternehmen die Chance erhalten, sich besser als bisher den Marktbedingungen anzupassen, um somit die wirtschaftliche Existenz nachhaltig zu gewährleisten bzw. zu fördern, sowie die Beschäftigungsmöglichkeit von Mitarbeitern langfristig sicherzustellen. Die einzelnen Aktivitäten der Unternehmen sollten dabei möglichst in einer Strategie zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung zusammenfließen.

Der BWA begreift es dabei als eine seiner wichtigsten Aufgaben, (Mitglieds-) Unternehmen und andere Partner (z.B. in kooperierenden Unternehmerorganisationen) bei der Entwicklung und Fortschreibung einer entsprechenden Positionierung zu unterstützen.

Die Beachtung und offensive Verbreitung ethischer Grundsätze innerhalb und außerhalb von Unternehmen soll zudem dazu dienen, das Bild verantwortungsvoll handelnder Unternehmer in der Gesellschaft (wieder) tiefer zu verankern. Der BWA will einen aktiven Beitrag leisten, an möglichst vielen Stellen unserer Gesellschaft einem falschen Verständnis von Unternehmertum entgegenzuwirken, welches das Unternehmenseinseitig auf Profitmaximierung reduziert und die von Unternehmern wahrgenommene Verantwortung für Umwelt, Gesellschaft und Mitarbeiter bewusst ignoriert.

¹¹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): *Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility – CSR). Aktionsplan CSR der Bundesregierung*, Berlin, 2010.

4.10 Versorgung mit Ressourcen und Energie sowie deren effektive Nutzung

Wie jede andere Volkswirtschaft auch, ist Deutschland auf eine ausreichende Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Energie angewiesen. Als hochentwickeltes Industrieland haben wir zwar die Möglichkeit, bei Engpässen Substitutions- und Einsparungsprozesse in Gang zu setzen, dennoch gilt, dass es bei Verlust des Zugriffs auf zentral benötigte Ressourcen, die in Wertschöpfungsprozessen nicht ersetzt werden können, nicht mehr möglich ist, ein reiches Land zu sein. Dabei ist es egal, wie gut andere Faktoren wie Forschung, Bildung, Infrastruktur, Kapitalstock und Governance-System auch ausgebildet sein mögen. Daher ist die Sicherung des Zugriffs auf zentrale Ressourcen eine überlebenswichtige Aufgabe.

Die Diskussion um die Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Energie wird allerdings meist von der Vorstellung einer absoluten und historisch zunehmenden Ressourcenverknappung bestimmt, die nicht selten apokalyptische Züge annimmt. Als Ursachen für die Verknappung werden das Versiegen von Lagerstätten sowie das Auseinanderdriften der Größenordnung bekannter Vorräte und der Erschließung neuer Lagerstätten bei gleichzeitiger Verbrauchssteigerung in den Schwellenländern benannt. Das betrifft gleichermaßen mineralische und fossile Rohstoffe. Der BWA teilt diese Zukunftsvision nicht bzw. nur bedingt. Denn Tendenzen einer Verknappung stehen Marktmechanismen gegenüber, die einen Ausgleich steigender Verbräuche durch Erschließung neuer Lagerstätten ermöglichen. Als Credo gilt dabei, die Erschließbarkeit von Lagerstätten hängt letztlich vom Preis des Rohstoffes ab. Und der Preis regelt den Verbrauch und hat Einfluss auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten und der Suche nach Alternativen. Aus dieser Sicht bedeutet die Verknappung von Rohstoffen nicht deren physische Erschöpfung, sondern einen Preisanstieg, dessen Dimension allerdings ganze Volkswirtschaften ins Straucheln bringen kann. Neue teurere Technologien und aufwendigere Gewinnungsverfahren ermöglichen bei Rohstoffen, eine Stabilisierung, in manchen Gebieten auch eine Ausweitung der Förderung von Rohstoffen. Beispiele dafür sind die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Bohrungen in der Tiefsee, die Erschließung von Ölsanden und Ölschiefer, unkonventionelle Formen der Erdgasförderung, noch tiefere Gruben für die Diamantförderung, Abbau von Erzen mit immer geringerer Konzentration durch Abtragen ganzer Landstriche usw. Bei mineralischen Rohstoffen lässt sich auf diese Weise die Grenze des Mangels fast beliebig hinausschieben,

bei fossilen verschiebt sie sich zumindest wesentlich weiter in die Zukunft, als bisherige Prognosen annehmen lassen.

Das eigentliche Problem dieser Art der Ausweitung der Ressourcenbereitstellung liegt nicht in der Verknappung und möglicherweise auch nicht im Preisanstieg, sondern in der Steigerung des Naturverbrauchs und der Umwelterstörung¹², die damit verbunden ist. Es steigt der Aufwand an Energie und damit die CO₂-Freisetzung mit den bekannten Folgen für den Klimawandel. Unfälle zerstören Flora und Fauna in Tiefseefördergebieten, unkonventionelle Formen der Erdgasförderung bringen Risiken seismischer Aktivitäten mit, riesige Tagebaue für den Abbau von Erzen hinterlassen in manchen Teilen der Welt Wunden in der Landschaft, die Jahrhunderte brauchen, bis sie heilen.

Daher ist es aus Sicht der Erschöpfung einfach zu gewinnender Vorräte, steigender Förderkosten, irreversibler Umweltfolgen und des nachholenden Verbrauchsanstieges der Schwellenländer zwingend notwendig, mehrere strategische Ansätze der Ressourcensicherung miteinander zu verbinden. Diese sind:

- die Entwicklung von Gewinnungs- und Fördertechnologien mit geringsten Umweltfolgen,
- die Substitution von Ressourcen durch regenerierbare Quellen (wobei Konkurrenzsituationen, wie bei Bioenergie und Nahrungsmittelversorgung, Beachtung finden müssen),
- die konsequente Wiederverwendung bzw. Kreislaufführung von Stoffen und Materialien
- und vor allen eine drastische Erhöhung der Effizienz und der Ressourcenproduktivität bei der Nutzung der Ressourcen.

Alle vier Punkte, vor allem aber die drastische Erhöhung der Effizienz sind Wege, die ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland führend mitbestimmen kann. Sie führen zu einem technologischen Vorsprung (Export von Technologien), der Senkung von Abhängigkeiten von Lieferanten aus politisch instabilen Regionen und damit zur Erhöhung

¹² Vgl.: Weizsäcker, E. et al.: *Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum*, München, 2009.

der Versorgungssicherheit, zur Reduzierung der Umweltbelastung und zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung durch Erschließung von neuen, zusätzlichen Quellen (z.B. regenerative Energie), die bisher nicht existierten.

Besondere Beachtung bei der Bereitstellung und Sicherung von Ressourcen hat die Energieversorgung. Auf diesem Gebiet hat Deutschland mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie einen mutigen und zukunftsweisenden Schritt getan, der vom BWA trotz aller offenen Fragen und möglichen Probleme befürwortet und mitgetragen wird. Der Ausstieg aus der Kernenergie und die Hinwendung zu regenerativen Energieformen ermöglicht der deutschen Wirtschaft eine Form der Zukunftsorientierung, die langfristig Wettbewerbsvorteile generieren wird, auch dann, wenn kurzfristige Preisanstiege das Gegenteil suggerieren. Denn tendenziell wird sich aus ökonomischen und ökologischen Gründen kaum ein Land der Erde dem Umbau des Energiesystems verschließen können. Ein Beispiel dafür ist Japan, das nach dem Super- Gau in Fukushima beschlossen hat, den bisherigen Weg des Ausbaus der Kernenergie zu verlassen und langfristig auf die Stromerzeugung in Kernkraftwerken zu verzichten

In Deutschland gilt es den Weg der Energiewende konsequent weiterzugehen und dabei für die Wirtschaft vor allem eines zu garantieren: Planungssicherheit. So wichtig für bestimmte Wirtschaftszweige niedrige Energiepreise sein mögen – Planungssicherheit und Sicherung einer stabilen Energieversorgung haben höchste Priorität. Es müssen aber auch die planerischen und technischen Voraussetzungen für den Umbau des Energiesystems geschaffen werden. Dazu gehört, dass die unterschiedlichen Kostenschätzungen auf ein wissenschaftlich gesichertes und allgemein anerkanntes Maß zusammengeführt werden. Auf dieser Basis sind dann auch die Maßnahmen zum Ausbau der Netze und der Energiespeichertechnologien in einem langfristig orientierten nationalen Masterplan zusammenzuführen, der allen Beteiligten Planungssicherheit gibt. Kurzfristige politische Maßnahmen wie die schlagartige Senkung der Einspeisevergütung für Solarstrom nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wirken in diesem Kontext eher kontraproduktiv und sollten in langfristige Strategien eingebunden werden. Vor allem aber ist es notwendig, die schon lange diskutierten Aktivitäten zur Erhöhung der Energieeffizienz zu beschleunigen. Hinzu kommen Maßnahmen zum Ausbau von dezentralen Strukturen der Energieversorgung,

die den Bürgern Mitwirkungsmöglichkeiten bieten und dazu beitragen, die Akzeptanz breiter Bevölkerungsschichten für Begleiterscheinungen der Energiewende zu erhöhen.

4.11 Das Internet – mehr als eine Infrastruktur

Seit der Einführung des Internets hat sich unsere Welt dramatisch verändert. Das Netz ist Basis der Globalisierung, in ihm finden immer größere Teile der Wertschöpfung statt, es wirkt als Distributionskanal, dient der Steuerung von Maschinen und Anlagen aller Art in Unternehmen und Haushalten, ist Ort des Lernens und spätestens seit der Entstehung von Web 2.0 auch Ort einer weltweiten individuellen Kommunikation mit neuen Merkmalen. Angesichts dieser Bedeutung und des nach wie vor ungebremsten Entwicklungstempos von Informationstechnologien und Anwendungsmöglichkeiten des Netzes (z.B. durch die schnelle Verbreitung von mobilen Endgeräten) ist es nahezu selbstverständlich, dass der BWA der Entwicklung des Netzes mit seinen unterschiedlichsten Facetten einen hohen Stellenwert zuweist. Verfügbarkeit, Teilhabe, Sicherheit, informationelle Selbstbestimmung und Schutz von Urheberrechten, das sind für den BWA zentrale Themen seiner Arbeit. Die erste Forderung betrifft dabei die Verfügbarkeit bezahlbarer schneller Internetzugänge in allen Landesteilen der Bundesrepublik. Ohne solche Zugänge besteht die Gefahr, dass ganze Landesteile entwicklungspolitisch abgehängt werden, Firmen ihren Standort verlagern oder sich gar nicht erst ansiedeln können, die Einwohner wichtige Dienstleistungsangebote wie E-Learning nicht oder nur in schlechter Qualität wahrnehmen können und Verwaltungen die Kommunikation mit den Bürgern nicht zeitgemäß gestalten. Die technischen Möglichkeiten dafür existieren schon lange und es darf nicht zugelassen werden, dass Kostengründe ihre Verbreitung behindern.

Eng mit den technischen Möglichkeiten korrespondiert auch die Sicherung der Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an der Nutzung elektronischer Medien. Internet ist heute so selbstverständlich wie die Versorgung mit Strom und Wasser. Daher muss es ebenso selbstverständlich sein, dass alle Bürger unseres Landes Zugang haben und zu einer sachadäquaten Nutzung befähigt werden (Medienkompetenz). Diese Aufgabe beginnt in der Schule, kann aber nicht darauf begrenzt werden. Ebenso in der Verantwortung, denen einen Ausgleich zu bieten, die allein überfordert sind, stehen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, regionale Verwaltungen oder auch Unternehmen.

Für Unternehmen von existenzieller Bedeutung ist die Sicherheit im Netz. Dabei geht es gleichermaßen um den Verlust von Know-how durch elektronische Spionage und um Cyberangriffe, die heute nicht nur die Funktionsfähigkeit von Unternehmen, sondern von ganzen Volkswirtschaften bedrohen. Natürlich sind die Unternehmen auf diesem Gebiet zunächst selbst in der Pflicht. Gerade KMU geraten aber angesichts des rasanten Fortschritts nicht selten in eine Situation, in der sie von den Ereignissen überholt werden. Hier ist die Politik gefordert, Unterstützung zu leisten. Durch Aufklärung, Beratung bei konkreten Aktivitäten der Betriebe, Aktionen zur Unterbindung von Cyberangriffen und die Vernetzung von Akteuren mit ähnlichen Problemen.

Je stärker das Netz in alle Lebens- und Arbeitsbereiche von Bürgern und Unternehmen vordringt, desto stärker wird der Ruf nach informationeller Selbstbestimmung als ein Grundrecht im Internetzeitalter. Der BWA wendet sich mit aller Deutlichkeit gegen die unbegrenzte Datensammelwut einiger großer Internetanbieter, deren Handeln durch Intransparenz geprägt ist. Es darf nicht sein, dass weltweit die Verhaltensweisen von Millionen von Bürgern und Unternehmen systematisch erfasst und zu Profilen verdichtet werden, deren Anwendungsmöglichkeiten prinzipiell weit über eine personalisierte Werbung hinausgehen. Da die Möglichkeiten von Nationalstaaten gegenüber solchen supranationalen Unternehmen begrenzt sind, ist hier in erster Linie die EU gefordert, ihre Bürger und Unternehmen zu schützen.

Ein für den BWA als Unternehmensvertreter wichtiges Thema ist der Schutz von Urheberrechten für Produkte, die über das Netz Verbreitung finden. Wir sind gegenwärtig klar der Auffassung, dass dem Schutz geistigen Eigentums Priorität gegenüber dem Wunsch nach freiem Zugang zu Wissen und medialen Produkten zukommt. Dennoch können wir nicht ignorieren, dass sich auf diesem Gebiet ausgehend vom Selbstverständnis der jungen Generation ein weltweiter Diskurs stattfindet, dessen Ergebnisse nicht klar vorhersehbar sind. Es scheint daher angezeigt, diese Diskussion mitzugestalten, um bei der nicht auszuschließenden Entstehung neuer Nutzungs- und Eigentumsformen die Interessen unserer Unternehmen frühzeitig einzubringen.

5 Literaturverzeichnis

- ABICHT, L. : *Offene Zukunft. Menschliche Potenziale für eine neue Welt*, Hamburg, 2010.
- AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN (Hrsg.): *Forsa-Umfrage. Große Zustimmung in allen Bundesländern zu Erneuerbaren*, URL <http://www.unendlich-viel-energie.de/de/detailansicht/article/223/forsa-umfrage-grosse-zustimmung-in-allen-bundeslaendern-zu-erneuerbaren.html> (letzter Abruf am 24.12.2011).
- AKERLOF, G. A./SHILLER, R. J.: *Animal Spirits: Wie Wirtschaft wirklich funktioniert*, Frankfurt/Main, 2009.
- BONSTEIN, J.: *Generation des Weniger. Der Münchner Soziologe Ulrich Beck, 62, über Unsicherheit als kollektive Erfahrung*, Interview in: *Der Spiegel*. 31/2006, S. 50f, 2006.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.): *Perspektive 2025. Fachkräfte für Deutschland*, Nürnberg, 2011.
- BUNDESDEUTSCHER ARBEITSKREIS FÜR UMWELTBEWUSSTES MANAGEMENT (B.A.U.M.) E.V., URL: <http://www.baumev.de> (letzter Abruf am 24.12.2011).
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*, 2012
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU): *Kurzinfo Energieeffizienz*, URL <http://www.bmu.de/energieeffizienz/kurzinfo/doc/37891.php> (letzter Abruf am 12.12.2011).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU): *Greentech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie Atlas für Deutschland*, Berlin, 2009.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU) (Hrsg.): *Die Dritte Industrielle Revolution – Aufbruch in ein ökologisches Jahrhundert*, Berlin 2008.
- DIE BUNDESREGIERUNG: *Energiewende – die einzelnen Maßnahmen im Überblick*, URL <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/06/2011-06-06-energiewende-kabinettt-weitere-informationen.html> (letzter Abruf am 20.12.2011).
- DUNKEL, T.: *Qualifikationsbedarfsprognosen und Fachkräftebedarf in Europa*, in: *BWP. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 3/2011.
- HAUFF, V. (Hrsg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven, 1987.
- HÄPKE, U.: *Nachhaltigkeit. Tugend des Unterlassens?*, in: *Kommune* Jg.14, Nr. 7, S. 23, 1996.
- INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (IÖW) GGMmbH/FUTURE E.V./UMWELTINITIATIVE VON UNTERNEHME(R)N/DEUTSCHE BUNDESSTIFTUNG UMWELT, *Ranking 2000*, URL: <http://www.ranking-umweltberichte.de/motiv.html> (letzter Abruf am 24.12.2011).
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN/VDI VEREIN DEUTSCHER INGENIEURE E.V. (Hrsg.): *Ingenieurarbeitsmarkt 2009/10. Berufs- und Branchenflexibilität, demografischer Ersatzbedarf und Fachkräftelücke*, Köln, 2010.

- ISCHINGER, C.: *Bhutan. Glück für die Welt*, URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bhutan-glueck-fuer-die-welt-1.1323930> (letzter Abruf am 31.05.2012).
- KRUGMAN, P.: *Die neue Weltwirtschaftskrise*, Frankfurt/Main, 2009.
- LEGGEWIE, C./WELZER, H. : *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt/ Main, 2009.
- LITTIG, B./GRIEBLER, E.: *Soziale Nachhaltigkeit*, Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, 2004.
- LUHMANN, N.: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen, 1986.
- MCCLELLAND, D. C. : *Die Leistungsgesellschaft*, Stuttgart 1966.
- MCKINSEY DEUTSCHLAND: *Wettbewerbsfaktor Fachkräfte*, Berlin, 2011.
- MICHELSEN, G./GODEMANN, J. (Hrsg.): *Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis*, München, 2007.
- PEHNT, M. ET AL.: *Klimaschutz, Energieeffizienz und Beschäftigung. Potenziale und volkswirtschaftliche Effekte einer ambitionierten Energieeffizienzstrategie für Deutschland, Bericht im Rahmen des Forschungsvorhabens „Wissenschaftliche Begleitforschung zu übergreifenden technischen, ökologischen, ökonomischen und strategischen Aspekten des nationalen Teils der Klimaschutzinitiative“*, URL http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/studie_energieeffizienz_bf.pdf, (letzter Abruf am 09.01.2012)
- RADERMACHER, F.J./BEYERS, B.: *Welt mit Zukunft. Überleben im 21. Jahrhundert*, Hamburg, 2008.
- RIO-BERICHT AN DEN CLUB OF ROME: *Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung*, Leitung Jan Tinbergen, Opladen, 1976.
- SCHMIDT, K./ RICHTER, A./GLEICH, R. (Hrsg.): *Gestaltungsfeld Arbeit und Innovation. Perspektiven und Best Practices aus dem Bereich Personal und Organisation*, München, 2009.
- SCHUMPETER, J. A.: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin, 1964.
- SENNETT, R.: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin, 2000.
- SEVERIN, A.: *Nachhaltigkeit als Herausforderung für das Kommunikationsmanagement in Unternehmen*, in: Michelsen, G./Godemann, J. (Hrsg.): *Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis*. München, 2007.
- STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND: *Energie, Rohstoffe, Emissionen. Primärenergieverbrauch nach Produktionsbereichen im Inland*, in: Petajoule. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Umwelt/Umweltoekonomisch/eGesamtrechnungen/EnergieRohstoffeEmissionen/Tabellen/Primaerenergieverbrauch.html> (letzter Abruf am 18.06.2012).

TEMPEL, H./SCHMITTEL, W. (Hrsg.): *Umweltmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen. Empirische Untersuchungen, theoretische Überlegungen vor dem Hintergrund der Umsetzung der EG-Öko-Audit-Verordnung in Sachsen-Anhalt*, Frankfurt/Main, 1999.

WEIZSÄCKER, E. U. ET AL.: *Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum*, München, 2009.

WENZEL, E.: *4 Gesetze für die Zukunftsmärkte von morgen, Der Zukunftsletter des VNR Verlages für die Deutsche Wirtschaft AG*. Ausgabe Dezember 2011.

WUPPERTAL INSTITUT FÜR KLIMA, UMWELT, ENERGIE GMBH (Hrsg.): *Fair Future - Der Wuppertal Report. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, München, 2005.

ZAKRIA, F.: *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*. München, 2008.